

# VORWORT

Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der

# SAV

Sozialistische Alternative

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

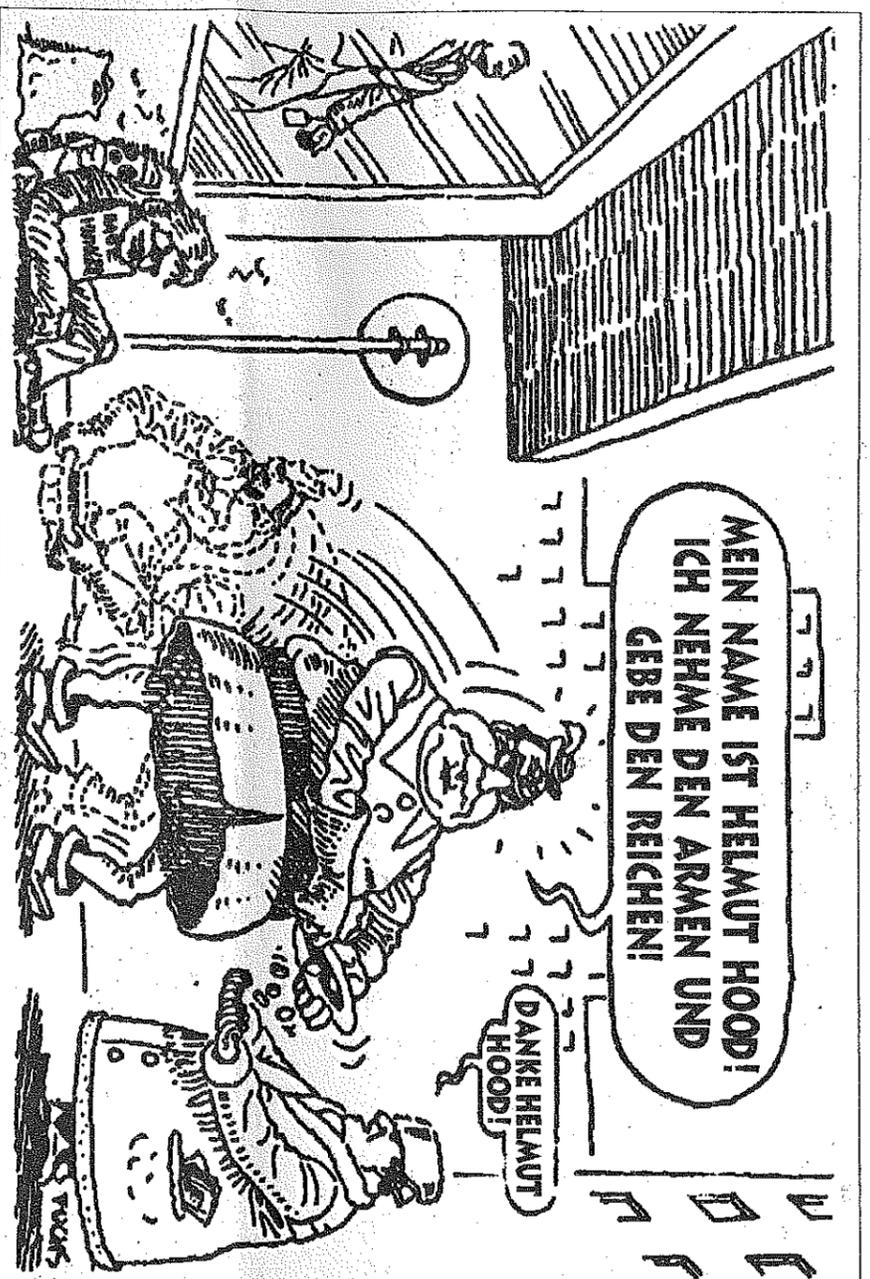
1,- DM

G 10321 E

Nr. 185 November 1996

# 14 Jahre Kohl sind genug

**Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie Ihre Lohnabrechnung oder fragen Sie Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Rentner**



Das ist schon eine Leistung: Kein Kanzler in der deutschen Geschichte hat es geschafft, den Reichen so viel zu geben und der Masse der Bevölkerung so viel zu nehmen. Und auch das hat Kohl geschafft: Die Zahl der offiziell Arbeitlosen von 1,8 Millionen bei Amtsantritt 1982 auf 2,8 Millionen West und 1,1 Millionen Ost zu steigern. Noch eine Leistung: den Menschen in Ostdeutschland blühende Landschaften zu versprechen und das Gegenteil zu erreichen.

Es ist schon eine reife Leistung, ein Umverteilungspaket nach dem anderen durchzusetzen, während Banken und Konzernrektoratgewinne einfahren. Er habe auch Fortune gehabt, meinte Kohl anlässlich 14 Jahren Kanzlerschaft. Richtig: Kohl und Kapital haben 14 Jahre das Glück gehabt, daß die sogenannten Oppositionsparteien ihren Namen nicht verdienen, allen voran die SPD. Und daß sich unsere Gewerkschaftsführer trotz Klassenkampf von oben an die Illusion der Sozialpartnerschaft klammern und

sich vorzugsweise aufs Verhalten verlegen, gamliert mit: er was Kampfgeheul, wenn der Druck von der Basis zu groß wird.

Millionen haben Pech gehabt, daß die etablierten Parteien und die Gewerkschaftsführer sich keine härtere Kampfmaßnahme vorstellen können, als Palaver im Parlament oder weiterhin die Klagen beim Verfassungskommissionen.

Als 350.000 in Bonn demonstrierten, meinte Kohl, das beeindruckt ihn nicht. Als 100.000 Arbeiter zur Verteidigung der Lohnortzählung einen Tag die Arbeit liegen ließen, bekam er kalte Füße und mahnte die Unternehmer zur Zurückhaltung. Und die Schlußfolgerung der Gewerkschaftsführung und „Opposition“: Ein Aufruf, daß einmal alle die Arbeit liegen lassen sollen, in ganz Deutschland, ein Generalstreik als erster Schritt zum Kampf gegen Lohnverlust und Sparpaket? Nichts davon.

Sechs Millionen Menschen ohne regulären Arbeitsplatz, Tendenz steigend. Lebensstandard - Tendenz fallend. Und die „Oppositionsparteien“ haben kein Programm, um das zu verhindern. Keine Antwort auf die Krise der kapitalistischen Wirtschaft.

Damit muß endlich Schluss sein. Wir können uns weder die

se Regierung noch ihr System länger leisten. Wir brauchen klassenkämpferische Gewerkschaften und eine Opposition, die die Interessen der Masse der Bevölkerung ebenso offensiv vertritt wie FDP und Union die des Kapitals. Wir brauchen ein Programm gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau.

Die Milliardenbeiträge, die sich dank Umverteilung auf den Konten der Banken und Konzerne, in den Taschen der Multimillionäre und Milliardäre, der Metheite und Spekulanten befinden, müssen eingesetzt werden für:

- Ein massives staatliches Investitionsprogramm in den Bereichen Umweltschutz, Wohnen, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen
- Verteilung der Arbeit auf alle durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich
- Rücknahme aller Sozialkürzungen und Umverteilungsmaßnahmen der Kohlregierung

→ Statt Enteignung der Allgemeinheit durch Privatisierung öffentlicher Eigentums - Verstaatlichung der Banken, Konzerne und Versicherungen unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung.

Dafür kämpft die SAV - Macht mit.

Georg Kirmmel, SAV Köln

## „Irrres Gelaber vom Sparpaket“

Im Rahmen einer von der Zeitschrift „Eltern“ in Auftrag gegebenen Befragung von 2063 SchülerInnen zum Thema Sparen kamen u.a. folgende Stellungnahmen von 12-15jährigen SchülerInnen und Schülern zurück:

„Unser Verein muß sparen, meine Eltern müssen sparen. Und wer leidet darunter? Ich! Ich bekomme immer weniger Taschengeld. Schade, daß ich in eine so sparsame Zeit hineingeboren bin.“

„Das irre Gelaber vom Sparpaket (als wär was Hübsches drin) geht mir auf den Keks.“

„Der Kohl soll bloß nicht mehr sagen, Deutschland sei ein kollektiver Freizeitpark. Der sollte mir mal erklären, woher wir das nötige Kleingeld für den Eintritt in seinen Freizeitpark nehmen sollen.“

„Ein Bundestagsabgeordneter hat mal vorgeschlagen, wir sollten nur ein einziges Mal in der Woche duschen. Dadurch würden wir viel Wasser sparen. Das muß eine Drecksau sein!“

„Wenn alle in Deutschland sparen und keiner mehr was kauft, geht unsere Wirtschaft zugrunde. Die Geschäfte und Fabriken machen plette. Die Löcher in den öffentlichen Haushalten werden immer größer. Also: bloß nicht sparen, sonst gibt es eine schwere Rezession.“

„Jesus hat nichts über das Sparen gesagt. Hätte er doch können, etwa in der Bergpredigt: Selig sind die Spararmen, denn sie kommen nicht mit einem leeren Portemonnaie ins Himmelreich. Hat er aber nicht gesagt.“

„Durch Sparsamkeit kann man sich das ganze Leben vermiesen.“

Gewinne 1995	Jahresüberschüsse Banken
1. Deutsche Telekom 5.270,0 Mio DM	1. Deutsche Bank AG 2.120,0 Mio DM
2. BASF 2.470,5 Mio DM	2. Dresdner Bank 1.208,7 Mio DM
3. Bayer AG 2.421,0 Mio DM	3. Commerzbank 979,3 Mio DM
4. Hoechst AG 2.245,0 Mio DM	4. Hypo-Bank 676,2 Mio DM
5. VEB 2.107,0 Mio DM	5. Bayerische Vereinsbank 556,5 Mio DM
6. Siemens AG 2.084,0 Mio DM	Quelle: Rüdiger Liedtke, Wem gehört die Republik 1997?, zitiert nach Fran 11/96
7. Allianz AG Holding 2.021,0 Mio DM	
8. Lufthansa 1.476,2 Mio DM	
9. VIAG 1.319,9 Mio DM	
10. IBM Deutschland 911,6 Mio DM	



# Millionen sind stärker als Millionäre

Die Beschäftigten vor allem bei Daimler haben Anfang Oktober mit spontanen Warnstreiks dafür gesorgt, daß Konzernvorstand und Metall-Arbeitgeberverband die Provokationen in Sachen Lohnfortzahlung (zunächst) einstellen. 100.000 Beschäftigte waren nach Angaben der IG Metall an diesen Streiks beteiligt.

8 Millionen Mitglieder sind in den DGB-Gewerkschaften organisiert. Eigentlich haben die Gewerkschaften also nur den „kleinen Finger“ bewegt. Das genügt, um den größten Konzern Deutschlands dazu zu zwingen, einen Rückzieher zu machen und die Wunden zu lecken.

**Angela Bankert, SAV Köln**

Dies zeigt, welche Kraft in der organisierten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung steckt. Doch statt nachzusetzen, verhandeln die Gewerkschaftsführer jetzt wieder. In den gescheiterten Spitzengesprächen bot die IGM-Führung gar als Kompromiß 95% an.

Es ist das erklärte Ziel der Untertanmer aller Branchen, das Lohnfortzahlungsgesetz der Kohlregierung schnell umzusetzen. Wo sie das durch Tarifbruch erstmal nicht erreichen konnten, wollen sie es nun in Verhandlungen durchsetzen. Wo es nicht durch Tarifvertrag gesichert ist, haben sie es bereits umgesetzt.

Die Lohnfortzahlung muß ohne Wenn und Aber bei 100% verteidigt werden. Die Kraft dazu hat die Gewerkschaftsbewegung, das hat sie mit den Streiks bewiesen.

## Minustrunden

Und es geht nicht nur um die Lohnfortzahlung. Das Sparpaket beinhaltet viele andere Schwereiten. Fast täglich denken sich die Herrschenden

neue aus. Die Unternehmer wollen Minustrunden bei der Vergütung, Kürzung des Urlaubsgeldes und Weihnachtsgeldes. In Baden-Württemberg wollen sie in Pa-

ker-Verhandlungen einen entsprechenden Pilotabschluß durchsetzen. Auch darauf läßt sich die IGM ein - außerhalb der Tarifrunde, das heißt ohne Beteiligung der Basis.

Streiks und Profitverlust ist die einzige Sprache, die die Untertanmer verstehen. Darauf reagieren sie sofort. Demonstrationen an Samstagen oder verteilte Aktionstage reichen schon längst nicht mehr. Warum wird die organisierte Kraft von 8 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern nicht endlich in einem Generalstreik gebündelt? Dann könnten sich Regierung und Kapital nicht nur die Kürzung der Lohnfortzahlung, sondern ihre

gesamte Sparpolitik und Lohn-druckerei an den Hut stecken.

## Blockade

Die Arbeitnehmer und Arbeitslosen haben schon lange die Nase voll. Aber die Gewerkschaftsführungen sind eine Blockade für einen solchen ernsthaften Kampf. Wir können uns nicht länger vertrost lassen, schon gar nicht auf die nächste Bundestagswahl. Wer sich auf die heutige SPD verläßt, der ist verlassen. Man sehe sich nur ihre Sparpolitik zu unseren Lasten in den Ländern und Kommunen an.

Wir können uns nur auf unsere eigene Kraft verlassen. Und die ist nicht gering: Millionen sind stärker als Millionäre.



Warnstreiks im Ruhrgebiet Anfang Oktober. Warum wird die organisierte Kraft von 8 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern nicht endlich in einem Generalstreik gebündelt?

## Europäischer Marsch und Demonstration geplant

# Internationale Solidarität gegen Sozialkahltschlag und Nationalismus!

In vielen europäischen Ländern laufen Proteste und Streiks bis hin zu Generalstreiks gegen den Sozialkahltschlag. Aber der Widerstand macht bisher an den Grenzen halt. Die europäischen Regierungen haben sich dagegen mit den Maastrichter Verträgen schon 1993 auf einen gemeinsamen Frontalangriff gegen die Arbeiter, Arbeitslosen und Armen geeinigt. Es gibt eine „Große Koalition“ von konservativen und sozialdemokratischen Regierungen gegen die arbeitende Bevölkerung Europas.

**Ulf Petersen, SAV Köln**

Ob mit Euro, Mark, Pfund oder Franc. Wir hier unten sol-

len für das Europa der Konzerne zahlen. Die in den Maastrichter Verträgen beschlossenen „Stabilitätskriterien“ für die Europäische Währungsunion (EWU) dienen zur Rechtfertigung der europaweit durchgeführten knallharten Kürzungspolitik. Verschärfte Umverteilung von unten nach oben ist sowohl der Weg als auch das Ziel.

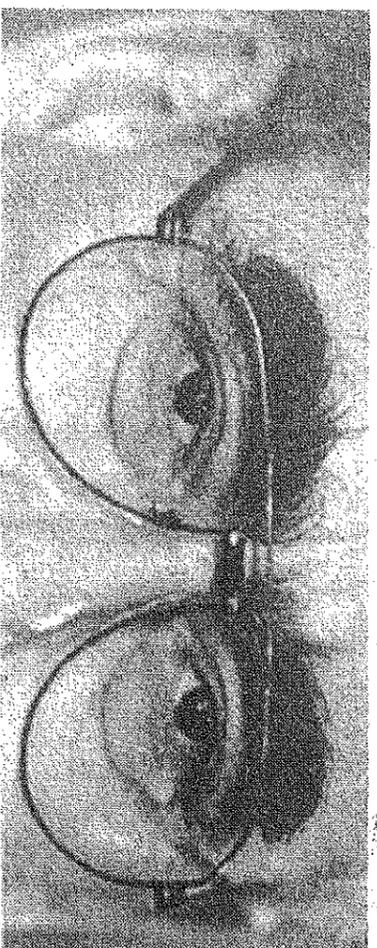
Im Juni 1997 soll eine Konferenz der europäischen Regierungen in Amsterdam die Kriterien zur Umstärkung der EWU prüfen und die Maastrichter Verträge ergänzen. Die französische Arbeitsloseninitiative „ACI“ hat einen europaweiten

Initiativkreis für einen „Europäischen Marsch gegen Erwerbslosigkeit, prekäre Arbeits-

verhältnisse und Ausgrenzung“ gebildet. Vom 15. April 1997 bis zum 15. Juni sollen Gruppen von Arbeitslosen aus ganz Europa nach Amsterdam marschieren (real oder symbolisch).

Höhepunkt der Kampagne ist eine große europaweite Demonstration in Amsterdam am 14. oder 15. Juni. Ziel ist, den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau auf eine europaweite Ebene zu heben und die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und anderen Organisationen voranzutreiben.

Im Auftruf werden Massenarbeitslosigkeit und Armut angeprangert, es wird die Forderung nach Vollbeschäftigung erhoben. Er biebt, jedoch sehr allge-



# Gesuchte: Sparschwein Gefunden: ABM'ler

Die Bundesregierung ist bei ihrer Suche nach Sparmaßnahmen auf Kosten der sozial Schwächsten wieder fündig geworden. 15 Milliarden DM will Waigel bei den Ausgaben für Arbeitsförderung und AB-Maßnahmen sparen. Das wird besonders im Osten verheerende Auswirkungen haben.

Die Bundesregierung lieferte dabei wieder ein klassisches Beispiel, wie Ost gegen West

ausgespielt wird, um soziale Standards in ganz Deutschland abzusenken. Erst verwies Waigel darauf, daß im Osten viel mehr für ABM ausgegeben wird als im Westen, obwohl es dort weniger Arbeitslose gibt. Verschwiegen wird, daß im Osten die AB-Maßnahmen ein weitaus größerer Bedeutung haben. Ohne AB-Maßnahmen läge die Arbeitslosigkeit im Osten bei 20%.

## Billiglöhne

Nach Ansicht der ostdeutschen DGB-Vorsitzenden bedeutet dies „eine Schleichspur in die Armut“. Denn das durchschnittliche Nettogehalt liegt im Osten in vielen Beschäftigungsprojekten schon jetzt bei nur 1432 DM.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda, hält es für fraglich, ob die Träger bei Kürzung der Zuschüsse überhaupt noch genügend ABM-Plätze anbieten.

Weitere geplanten Kürzungen treffen auch höher qualifizierte ABM'ler: eine Obergrenze für ABM-Gehälter soll eingeführt werden in Höhe von 4.130 DM West und 3.500 DM Ost.

Vom Straßenfeger bis zum Sozialarbeiter müssen sich dann alle zu Billiglöhnen verdingen, wenn sie über ABM zumindest eine geringe Chance

mit der Forderung nach einem vereinten Europa im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und ohne jede Abschottung nach Osten und Süden.

Die Linke und die Arbeiterbewegung darf den rechten EU-Gegnern nicht das Feld überlassen. Sie nutzen die Stimmung gegen die EU, um Nationalismus zu schüren und Unterstützung zu gewinnen. Haiders Wahlerfolg in Osterreich ist eine deutliche Warnung.

Wir meinen: Ein vereinigtes Europa, das Vollbeschäftigung, angemessenen Lebensstandard, demokratische Rechte und die Überwindung nationalstaatlicher Trennung bringt, kann es nur auf sozialistischer Grundlagede geben.

Bei der geplanten Auftaktkonferenz am 1. und 2. Februar in Brüssel ist Gelegenheit zur Diskussion. Dort soll ein überarbiteter Aufruf verabschiedet werden.

Viele Arbeiter in ganz Europa erkennen, daß sie sich gemeinsam wehren müssen und daß die Maastrichter Pläne nur den Reichen nutzen. Französisch reden“ ist ein Motto auf Demonstrationen in Deutschland. Nötig wären jetzt europaweite Aktionen der Gewerkschaften bis hin zu einem europaweiten einheitlichen Generalstreik gegen den Sozialabbau und gegen die Maastrichter Verträge.

Aber die Gewerkschaftsführer organisieren nur unter Druck von unten Widerstand und versuchen auch dann, schnellstmöglich mit den Unternehmen und Regierungen faule Kompromisse zu schließen. Der Druck von unten muß deshalb verstärkt und international organisiert werden! Die Initiative für den „Europamarsch“ kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.



**Leserbrief von Wolfram Klein, Stuttgart**  
**„Was ist mit der Übernahme?“**

In der Voran Nr. 183 wird die Abschaffung des „dualen Systems“ und seine Ersetzung durch überbetriebliche Ausbildungsstätten gefordert. „Ausbildung raus aus Unternehmenhand“ war eine Hauptforderung der Lehrlingsbewegung Anfang der 70er Jahre. Die Gründe dafür gelten heute noch. Aber damals gab es noch „Vollbeschäftigung“, nach der Ausbildung einen Job zu finden, war selten ein Problem.

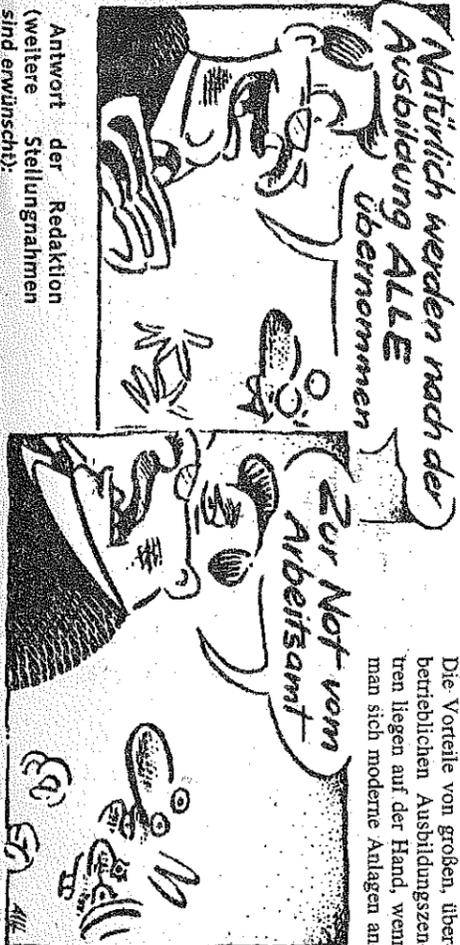
Das ist heute anders. Die Übernahme nach der Ausbildung ist ein mindestens so großes Problem wie der Ausbildungsplatz. In dem Artikel wird zwar die Übernahme in den erlernten Beruf gefordert – aber in welchem Betrieb, wenn die Ausbildung überbetrieblich ist? Selbst wenn die ostdeutschen Ausbildungszentren wirklich so gut sind, gibt es dort eindeutig dieses Problem.

Die einfachste Lösung wäre „Betriebe raus aus Unternehmenhand“, also Sozialismus. Aber leider ist Sozialismus „das Einfachste, das schwer zu machen ist“ (Bertold Brecht). Wir können Jugendliche, die sich um ihre Übernahme nach der Ausbildung sorgen, nicht auf den Sozialismus vertrusten. Habt Ihr eine Idee, wie man bei überbetrieblicher Ausbildung trotzdem konkrete Betriebe für die Übernahme verantwortlich machen kann? Wenn nicht dann würde ich betriebliche Ausbildung, aber unter Kontrolle von Gewerkschaften und JAVen für die beste Kampfzucht halten. Mit anderen Worten: „Ausbildung raus aus Unternehmenhand, aber nicht raus aus den Betrieben.“

# Unser Programm für Ausbildungs- und Übernahme

neue Aufstockung kämpfen.

Zusätzliche sollen staatliche, überbetriebliche Ausbildungszentren eingerichtet werden. Denn die Ausbildung soll raus aus den Kleinbetrieben und weg von Profitinteressen einiger weniger: In den meisten solcher Ausbildungsstellen ist der Azubi voll in die Produktion mit eingebunden und dem jeweiligen Druck und Stress ausgeliefert. Ausbildung heißt für uns aber Lernen, und nicht dumpfes Malochen. Die Vorteile von großen, überbetrieblichen Ausbildungszentren liegen auf der Hand, wenn man sich moderne Anlagen an-



**Antwort der Redaktion (weitere Stellungnahmen sind erwünscht):**

Lieber Wolfram, du hast Recht, die Übernahme nach der Ausbildung ist heute ein mindestens ebenso großes Problem wie der Ausbildungsplatz. Jeder fünfte Auszubildende, jeder dritte in Ostdeutschland, wird nach der Lehre arbeitslos.

Die Übernahme von Azubis in Großbetrieben und im öffentlichen Dienst durch den Ausbildungsbetrieb ist sicherlich eine sinnvolle Forderung. Aber zwei Drittel aller Lehrstellen befinden sich heute im Handwerk. So viele Bäckereien und Friseurien gibt es gar nicht wie ausgereimte Kräfte in diesem Bereich.

lohnt, und schon gar nicht übernehmen. Auch die sechsmonatige Übernahme, die von den Gewerkschaften in einigen Branchen durchgesetzt wurden, löst das Problem nicht, sondern verschleift es nur.

An dem allgemeinen Kampf um Arbeit für alle kommen wir daher nicht vorbei. Hier fordern wir: Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich bzw. ein staatliches Beschäftigungsprogramm im Wohnungsbau, Verkehrs- und Umweltbereich.

Wir wollen die Kontrolle der Unternehmer über die betriebliche Seite der Ausbildung ab-

gucken, die sich kleine Betriebe gar nicht leisten können. Die überbetriebliche Ausbildung soll mit genügend Betriebspraktika ergänzt werden.

Alle Ausbildungsstätten sollen durch eine Abgabe der Betriebe (gemessen am Umsatz) finanziert und in einen allgemeinen Ausbildungsplan aufgenommen werden. Die Kontrolle über Ablauf und Inhalt der Ausbildung soll demokratisch durch Gewerkschaften, JAVen und dem Staat kontrolliert werden.

Die kapitalistische Marktwirtschaft versagt komplett, was Anzahl und Qualität der Ausbil-

► einen qualifizierten Ausbildungsplatz für jede/n, vom Staat ebenso garantiert wie schulische Ausbildung. Freie Wahl muß gewährleistet sein.

► Keine Kürzung, sondern Verteidigung der Ausbildungsvergütungen. Anhebung auf mindestens 1500 DM im Monat. Azubis sollen elternunabhängig lernen und leben können.

► Unternehmer sollen zahlen. Abhängig vom Umsatz soll jeder Betrieb eine Ausbildungsabgabe zur Gesamtfinanzierung der Ausbildung leisten.

► Für eine qualifizierte, breitgefächerte theoretische und praktische, umfassende Ausbildung, Ausbau überbetrieblicher Ausbildungszentren mit ausreichenden Betriebspraktika. Integration der bestehenden Lehrwerkstätten sowie überbetrieblicher Ausbildungsstellen in einem öffentlichen Ausbildungsprogramm.

► Ausbildung raus aus Unternehmenhand. Demokratische Kontrolle der Ausbildung, Berufsbilder und Lehrpläne durch Gewerkschaften, Azubis und Staat.

► Garantierte Übernahme aller Azubis in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.  
 ► Arbeit für alle. 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Ein öffentliches Programm im Wohnungs-, Verkehrs- und Umweltbereich, um den gesellschaftlichen Bedarf zu decken. Entlohnung der Betriebe, die mit Entlassung drohen, und ihre Überführung unter demokratische Kontrolle.

## Politikaktion in Aachen

## Nach Examen

## Job garantiert?

Am 23. Oktober protestieren rund 50 Jugendliche vor dem Aachener Stadtrat gegen den Ausbildungsnotstand in Aachen.

**Holger Dröge, SAV Aachen**

30 Prozent aller Lehrstellen wurde in den letzten vier Jahren in Aachen vernichtet. Auf 1.000 Jugendliche kommen nur noch 600 Ausbildungsplätze. Rund 1.000 Jugendliche sind ohne Lehrstelle. Die allgemeine Forderung der Demonstranten war: Schaffung von 200 Lehrstellen jährlich durch die Stadt Aachen. Es wurde darauf hingewiesen, daß es genug Geld gebe, doch nur in den falschen Händen. Den Armen wird genommen, und den Reichen wird das Geld hinterhergeworfen.

Nach den Reden vor dem Ratshaus gingen wir in die Ratsitzung um, die Ratsdamen und Herren zur Rede zu stellen. Doch diese wichen unseren Forderungen nur aus. Auf die Frage eines Jugendlichen, was denn mit der Übernahme nach der Lehre im öffentlichen Dienst sei, da dort Stellen abgebaut würden, entgegnete der Oberbürgermeister Jürgen Linden, daß die Stadt Aachen in dieser schwierigen Zeit alles unternehme um Jugendlichen eine Lehrstelle zu geben. Für eine Übernahme könne er nicht garantieren, aber dies sei auch nicht das Problem. Wir sollten nur dafür sorgen, das wir alle ein gutes Examen

machen, dann würden wir schon einen Job finden. Typisch! Werden konkrete Forderungen an Politiker gestellt, so verweisen sie sie wieder an uns zurück. Wir selbst sind an unseren Schicksal schuld. Klar, doch. Doch wenn massiv Lehrstellen vernichtet werden, kann man noch so gut sein, man wird doch keine Lehrstelle finden.

Die Reaktion der Politiker war von Gleichgültigkeit bis Aufregung. Irgendwann platze dann Jürgen Linden der Krigen: Er lasse die Ratsitzung nicht von Partifunktionären als Bühne mißbrauchen, egal ob diese Links- oder Rechtsstremsisten seien. Schon lustig, wenn man bedenkt das alle Ratsdamen und Herren hohe Partifunktionen sind.

Auf jeden Fall eine gelungene Aktion, die gut zeigte was für verlogene und arrogante Typen unsere sogenannten „Volksvertreter“ sind.

Am nächsten Tag fand eine Versammlung der SAV und des Studentenaktionskomitees zum Thema Lehrstellen statt. Auch wenn die Versammlung nur schwach besucht war, so wurde sehr deutlich, daß es nicht reicht nur allein für Lehrstellen zu kämpfen, sondern das es notwendig sich für die Abschaffung des Kapitalismus einzusetzen. Dem schloß sich einer der Besucher an und beantragte die Mitgliedschaft in der SAV.



## Ihr da oben ...

### Freiheit

500 Manager deutscher Unternehmen haben ein „Berliner Manifest“ für mehr unternehmerische Handlungsfreiheit unterzeichnet. Auf einem Kongreß, Ende September in Berlin feierten sie Neuseeland als Vorbild. Als Gastredner predigte die ehemalige neuseeländische Finanzministerin die unternehmerischen Freiheits-Gebote wie „die Freiheit, zu heuern und zu feuern“, „die Freiheit, die Arbeitszeiten zu bestimmen“, „die Freiheit, die Bezahlung der Produktivität anzupassen“. „Es ist machbar. Tun Sie es einfach.“ rief sie aus. Stehende Ovationen.

### Wasser und Brot

Bis zu 120 verschiedene Zusatz- und Fleischersatzstoffe sowie zehn verschiedene Farbstoffe dürfen jetzt in die Wurst gelangen. So will es eine seit dem 25. September geltende europäische Harmonisierungs-Verordnung. Künftig kann ein Kochschinken, der mit dem Fremdmittel Carrageen hergestellt wird, bis zu 50 Prozent aus Wasser bestehen. Das braucht für den Verbraucher nicht einmal kenntlich gemacht zu werden. Der Hintergedanke dieser Verordnung ist wahrscheinlich folgender: Man hofft, mit dem Argument „Europa“ ein neues Tages Hungerlöhne für alle Beschäftigten in der EU durchgesetzt zu haben. Dann müssen die Arbeitfirmen in ganz Europas ohnehin nur noch von Wasser und Brot leben. Der erste Schritt von Wurstbröten zu Wasser und Brot ist folgerichtig, die Wurst zur Hälfte durch Wasser zu ersetzen.

### Steuerlöcher

10.500 Einzelverfahren wegen Steuerhinterziehung nach Luxemburg sind allein gegen Kunden der Dresdner Bank von der Oberfinanzdirektion Düsseldorf in Gang gesetzt worden. Ganze 92 Steuerfahnder sind mit der Bearbeitung von über 40.000 beschlagnahmten Belegen befaßt.

In Luxemburg gibt es noch 71 weitere Niederlassungen deutscher Banken. Die verschwundenen Milliarden sorgen hier für Walgs Löcher in den Kassen. Aber die kann man ja in Zukunft mit den Einnahmen aus der Besteuerung von Betlern stopfen, wie der Hamburger FDP-Landesvorsitzende kürzlich vor-schlug.

### Kleine Welt

Rudolf Augstein im SPIEGEL: „Helmut Kohl ist jetzt, man scheint den Superlativ, der angesehenste noch amtierende Staatsmann der uns bekannten Welt.“



## Wir hier unten

(So entstand auch der Witz, daß Ford die größte Bäckerei Deutschlands sei.) Auch für die Azubis in Ostdeutschland, die sich heute zum großen Teil in überbetrieblichen Maßnahmen befinden, brauchen wir eine Perspektive.

Natürlich unterstützen wir im Betrieb jeden innerbetrieblichen gemeinsamen Kampf um die Übernahme von Azubis und Kollegen. Das sollte uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Unternehmer weder ausbilden, wenn es sich nicht für eine er-



Eine qualifizierte und umfassende Ausbildung ist keine Privatangelegenheit von Handwerksmeistern und Unternehmen, sondern eine öffentliche gesellschaftliche Aufgabe

schaffen, d.h. Aufhebung des dualen Systems. Das bedeutet aber nicht, daß wir die Ausbildung raus aus den Betrieben nehmen wollen. Im Gegenteil, wir fordern schon in der Schule eine bessere Verbindung von Theorie und Praxis. Die schon bestehenden Lehrwerkstätten in Großbetrieben und Ausbildungsgänge im öffentlichen Dienst sollen erhalten bleiben, jedoch unter öffentlicher Verfügungsgewalt. Wo in diesen Bereichen Lehrstellen abgebaut wurden, müssen wir für eine er-

# Wer wir sind

Die Sozialistische Alternative (SAV) steht für Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

## Gegenwehr

Massenarbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Sozialabbau, Rassismus, Jugend ohne Zukunft - Gegenwehr ist nötiger denn je. Aber es gibt heute keine Partei, die konsequent für die Interessen der abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen, Armen, der Frauen und der Jugendlichen kämpft. Wir haben beschlossen, selber Gegenwehr zu organisieren.

Die Marktwirtschaft, der Kapitalismus produziert Krise und Krüge - weltweit. Doch weder SPD noch GRÜNE kämpfen ernsthaft für eine andere Gesellschaft. Deshalb endet ihre Politik letztendlich immer in Anpassung, in Reformabbau statt Reformen. Auch bei der PDS klaffen Worte und Taten meilenweit auseinander.

## Solidarität

Solidarität heißt: Für gemeinsame Interessen gemeinsam kämpfen. Statt Bündnis mit den Unternehmern für Arbeitslosigkeit - ein Bündnis der ArbeitnehmerInnen gegen Lohnverzicht und Arbeitsplatzvernichtung. Gegen Spaltung, Standort- und Lohndrückerei setzen wir den gemeinsamen Kampf der ArbeiterInnen, in Deutschland und über Ländergrenzen hinweg.

# Wofür wir kämpfen

Unsere Forderungen orientieren sich nicht daran, was Daimler Benz und die Deutsche Bank brauchen, sondern was für die Menschen notwendig und sinnvoll ist. Und was bei planmäßigem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft machbar wäre.

## Arbeit und Ausbildung

★ Arbeit für alle  
★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich  
★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente, usw.) von 2000 DM netto  
★ Gleicher Lohn in Ost und West

★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf  
**Wohnen**  
★ Sofortiger Mietestop und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens  
★ Verbot von Maklerstätigkeit, kostenloser kommunale Wohnungsvermittlung  
★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

**Soziales**  
★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung  
★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem  
**Bundeswehr**  
★ Radikale Abrüstung und Stop von Rüstungsexporten  
★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion

★ Kein Einsatz im Ausland  
**Umwelt und Verkehr**  
★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stopp von umweltzerstörerender Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten  
★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Nulltarif

## Internationalismus

Der Kapitalismus ist international. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn er ebenfalls international ist. Die SAV beteiligt sich am Aufbau einer neuen Arbeiterinternationalen. Sie ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationalen“, das bereits sozialistische Organisationen in 30 Ländern auf allen Kontinenten umfasst.

## Sozialismus

Wir wollen das Übel an seiner Wurzel packen. Wir kämpfen für die Abschaffung des Kapitalismus, wir wollen eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Unser Ziel ist Sozialismus - weltweit. Sozialismus heißt: weder Diktatur des Marktes noch Diktatur einer Bürokratie, wie einst im Ostblock. Sozialismus ist demokratisch oder es ist kein Sozialismus. Sozialismus heißt: Statt Produktion für den Profit - Produktion nach den Bedürfnissen der Menschen und ihrer Umwelt. Zu diesem Zweck und für diese Ziele wurde die SAV 1994 von Jugendlichen, GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen und linken SPD- und PDS-Mitgliedern um die Zeitung VORAN gegründet. Wir fordern jede und jeden auf, mit uns zu kämpfen und mitzumachen.

★ Verstaatlichung der Autoindustrie und Umstellung auf alternative Produktion  
**Frauen**  
★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit  
★ Streichung des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch  
★ Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr

**Gegen Rassismus und Faschismus**  
★ Keine Abschiebungen  
★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen  
★ Abschaffung aller Ausländergesetze  
★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten durch antifaschistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS

**Arbeiterbewegung**  
★ Für kämpferische, demokratische Gewerkschaften  
★ Nein zum Bündnis für Lohnverzicht und Arbeitslosigkeit  
★ Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals  
★ Abgeordnete und Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

**Für eine sozialistische Demokratie**  
★ Keine Privatisierung, Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung  
★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird  
★ Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchschnittlichem Facharbeiterlohn

# Frauenseminar der SAV

36 Frauen kamen Ende Oktober zum bundesweiten SAV-Frauenseminar in Kassel zusammen. Die Teilnehmerinnen waren sich darüber einig, daß die Angriffe von Kohl und Kapital Frauen besonders treffen. Frauen sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen, in Ostdeutschland ist z.B. jeder/ zweite Arbeitslose eine Frau. Auch eine Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall trifft Frauen stärker. Denn sie verdienen immer noch etwa ein Drittel weniger als Männer. Wenn das Kind krank wird, bleibt meist die Mutter zu Hau-

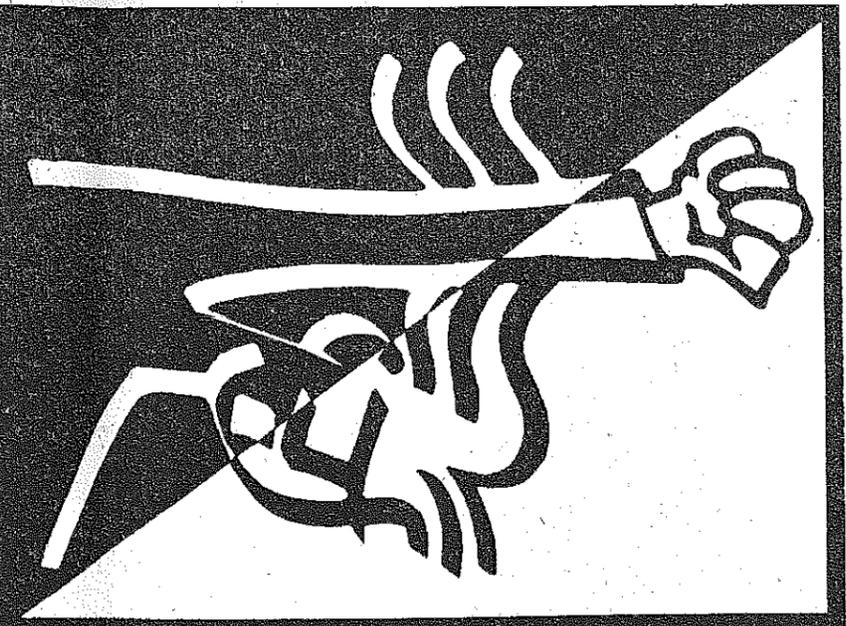
se. Außerdem werden Frauen durch die Dreifachbelastung Job, Kindererziehung und Haushalt einfach auch häufiger krank. Gerade angesichts dieser Dreifachbelastung ist die Herausforderung des Rentnalters auf 65 Jahre ebenfalls ein Schlag ins Gesicht aller Frauen. Doch die Erfahrungen der letzten Monate wie z.B. die Demonstration der HBV im April mit 50.000 überwiegend weiblichen TeilnehmerInnen zeigen auch, daß Frauen bereit sind, sich zu wehren. Berichte von Seminar-Teilnehmerinnen machten auch die

schwierige Lage von ausländischen Frauen deutlich, die neben der Diskriminierung als Frau auch unter Rassismus und Asylgesetzen oder der Kürzung der Angebote für Sprachlehrgänge leiden. Ein weiterer Tagesordnungspunkt war das Thema Gewalt gegen Frauen. In Deutschland werden jedes Jahr zwischen 70.000 und 140.000 Frauen vergewaltigt. 300.000 Kinder sexuell mißbraucht. Vergewaltigung ist der extremste Ausdruck von Gewalt gegen Frauen in einer Gesellschaft, in der ein Teil der Bevölkerung aufgrund des Geschlechts systematisch unterdrückt und diskriminiert wird.

sanheitsfürsorge. Diskutiert wurde auch die Familie und Kindererziehung. Dabei machten gerade die teilnehmenden Mütter deutlich, was es für Frauen heute bedeutet, ein Kind aufzuziehen. Dennoch die Herrschenden, die Familien- bzw. Mutteridee ganz hoch halten, gibt es auf der anderen Seite zu wenige Kitzelnde. Mutter an oder unterhalb der Armutsgrenze. Viele Frauen können wegen der Kinder nicht mehr arbeiten und sind von ihrem Partner finanziell abhängig. Deswegen forderten die Teilnehmerinnen eine soziale Mindestsicherung von 2000 DM netto für jeden und jede. Geplant und diskutiert wurde auch die Herausgabe einer SAV-Broschüre zum Thema Familie.

Das Seminar wurde von allen Teilnehmerinnen als erfolgreich gewertet. Kinderbetreuung und Versorgung mit Essen lag übrigens in der Hand von Männern die dies zur Zufriedenheit der Teilnehmerinnen bewältigten.

**Anje Zander**



## Sozialistische Alternative - Ortsgruppen

- Rostock**  
Donnerstags, 19 Uhr, Augustenstraße 112a  
Infos unter 03 81/459 65 90
- Berlin**  
OG Treptow: montags 19 Uhr, Kinderladen Fun-Fun, Defregger-Str. 2, S-Bahn Treptower Park  
OG Prenzlauerberg: montags 19 Uhr, „Kier-Club“  
Jahrböckerstr. 27a, S-Bahn Prenzlauer Allee  
OG Wedding: donnerstags 19 Uhr, Linienstr. Wedding, Weddingstr. 6, U-Bahn Nauener Platz  
Infos unter 030 / 4408429 erfragen
- Kassel**  
OG Nordost: freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Morbachstr. 12  
OG West: freitags, 19.00 Uhr, Werkstatt-Cafe, Fr.-Ebert-Str. (Gegüber der Stadhalle)  
Infos unter 05 51 / 1 64 91
- Bremerhaven**  
Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Häfensr. 64  
Infos über Themen unter 04 71 / 41 75 48
- Bremen**  
OG Ost: montags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehsehof, Hastedter Osterdeich 230. Weitere Infos über Bundeszentrale
- Aachen**  
OG Ost: montags, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Aalbersteinweg 233  
OG Nord: mittwochs, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Aalbersteinweg 233  
Infos unter 02 41/50 86 85
- Siegen**  
Freitags, 19 Uhr, Evangelische Studentengemeinde (ESG), Burgstraße 18 (bei oberen Schloß)

## SAV-Spendenfonds

# Spendenappell zum Jahresende

Millionen in Arbeitslosigkeit und Armut, Millionen in Angst um Job und Existenz. Zeit für Gegenwehr, Zeit für eine sozialistische Alternative zu Ungerechtigkeit, Krise und Chaos des Kapitalismus! Die SAV hat 1996 eine wichtige Rolle gespielt. Gegenwehr mit anzustoßen: die Demonstra-

tion am 15. Juni in Bonn, die Forderung für Generalstreik, die erste Gegenkandidatur zum Vorsitz einer Gewerkschaft in Deutschland und viele Kämpfe vor Ort und im Stadteil. Unsere wichtigsten Aufgaben: Leute überzeugen, daß Sozialismus nicht nur eine schöne Idee, sondern bitter nötig und vor allem machbar ist. Um uns und unsere Ideen möglichst breit bekanntzumachen, brauchen wir unter anderem auffällige Transparente, Fahnen und sonstige Materialien - alles mit SAV-Schriftzug und -Logo (wird neu erstellt). Vom diesjährigen Spendenappell zum Jahresende mit einem Ziel von 12.000 DM sind dafür 7.000 DM vorgesehen. 5.000 DM werden für die laufenden Finanzen benötigt. Jede Spende ist eine notwendige Investition in den Kampf für eine lebenswerte Zukunft.

**Spendenkonto**  
Konto-Nr. 2500 59-430  
Postbank Essen  
(BLZ 360 100 43)

## ABONNIERT VORAN!

zehn Ausgaben zu 18,- DM  
 zusätzlich      Exemplare zum Weiterverkauf  
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)  
 Förderabo, 10 Ausgaben zu      DM (ab 30,-)

Name, Anschrift, Telefon

**VORAN**  
Impressum  
Überregionale marxistische Monatszeitschrift seit 1973  
Herausgeber: VORAN, die sozialistische Demokratie e.V.  
Verantwortliche RedakteurIn: Angela Bankert  
Erscheinungsweise: monatlich  
Druck: Berger und Betschert GbR, Kassel  
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansring 4, 50670 Köln  
Telefon 02 21 / 13 45 04 oder 13 45 04  
Telefax 02 21 / 13 72 80  
E-mail: SAV@UBUNIK.OE.ON  
Satzverbindung: Postfach Essen (BLZ 360 100 43)  
Konto-Nr.: 2500 59-430

# Spart Euch Eure Lügen - Wir werden uns nicht fügen!

Am 22.10.96 protestierten 12.000 Schülerinnen gegen die Sparpolitik der großen Koalition in Berlin. Helko Schweter von der Charles-Darwin-Schule war am Streik und an den Vorbereitungen beteiligt.

## VORAN: Wogegen richtete sich der Streik?

Helko: Es ging ganz konkret gegen die Sparvorschläge vom Senat. Bis Ende des Jahres soll die Lehrmittelfreiheit aufgehoben werden - von Chancen gleichheit kann dann natürlich keine Rede mehr sein. Bis Ende 1999 sollen 3600 Lehrerstellen gestrichen werden. Das ist besonders schlimm, da das Durchschnittsalter bei Lehrern 52 Jahre ist, jüngere werden kaum noch eingestellt und verbeamtet sowie nicht. 1997 sollen 20 Millionen DM allein im Schulbereich eingespart werden.

## Was waren denn die Forderungen der SchülerInnen?

Natürlich die Rücknahme der Sparbeschlüsse und mehr Lehrer für kleinere Klassen. Aber es wurde auch mehr Mitbestimmungsrechte in allen Belangen gefordert und viele andere Ver-

besserungen.

Nicht jeder Teilnehmer wußte ganz genau, wogegen und wofür die Demo ist. Aber es war jedem klar, wenn wir jetzt nicht aufstehen, dann haben wir verloren. Die Menge war sehr wütend.

## Wo soll das Geld für Verbesserungen herkommen?

In den Reden wurde deutlich, daß der Senat uns kaputtsparen will. Dabei ist Geld genug da. Der Senat schmeißt Milliarden für Prestigeobjekte - wie den Tiergartentunnel, die „Kanzler-U-Bahn“ und ähnliches - raus. Ein Rechner hat so in die Zukunft geschaut und erzählt: „Wenn es so weiter geht, haben wir halt nur noch private Schulen, sogenannte Coca-Cola-Schulen. Die Schüler müssen dann in Uniform mit Schullogo rumlaufen. Hinterher sind wir dann billige Arbeitskräfte, am liebsten arbeiten wir für den hohen Lohn. Und munter sind wir noch dazu. So eine Zukunft wollen die Politiker.“

Es war auch ganz klar, daß wir uns mit allen anderen Betroffenen solidarisieren - den Studierenden, AusländerInnen, Arbei-

tern. Alle Betroffenen müssen sich gemeinsam beteiligen.

## Und wie kam die Demo zustande?

Der SchülerInnenZusammenschluß hat dazu aufgerufen. Ich habe von anderen Schülern vom Bündnistreffen gehört und bin dann zu meiner SV gegangen. Auf einer SchülerInnenversammlung haben wir dann alle informiert und erklärt, warum die Demo ein wichtiger erster Schritt ist, um uns zu wehren.

Wir hatten an meiner Schule großes Glück, daß viele Lehrer ein Verständnis hatten. Bei uns gab es keine Strafmaßnahmen. Das war nicht überall so. An einer Schule wurden die Schüler eingesperrt, die Flugblätter in ihren Taschen aus der Hand gerissen und Plakate abgerissen. Durch das Schulgesetz ist es möglich, Schülern für einen Streik Fehlpunkten anzurechnen und bei Klausuren Sechsen zu geben. Eltern, die Streikteilnahme erlaubten, können bis zu 5000 DM Strafe zahlen.

Aber es war ein voller Erfolg. Wir haben nur mit 8000 Teilnehmern gerechnet, doch es waren 12.000 von 56 Schulen da-

bei. Von meiner Schule waren 320 von 600 SchülerInnen dabei.

## Hat die SAV sich auch beteiligt?

Die SAV hat bei ihren Informationen mit zur Demo mobilisiert und weist auch auf das Bündnis hin. Bei der Mobilisierung und bei der Zusammenkunft habe ich eine ganze Menge andere Schüler kennengelernt und ihnen von der SAV erzählt. Und wie soll es nun weiter gehen?

Wir glauben, daß die Demo ein erster Schritt war. Wir wollen jetzt das Netzwerk stärker ausbauen. Vor allem die Kontakte zu Schulen im Osten und zu Haupt-, Real- und Gesamtschulen wollen wir verbessern. Und dann können wir auch mehr Druck ausüben. Auf der Demo ist auch klar geworden: soviel Meinungsfreiheit hatten wir in der Schule noch nie! Nur durch solche Aktionen können wir zeigen, was wir wollen.

Der SchülerInnenZusammenschluß trifft sich jeden Montag, um 16 Uhr in der Paul-Natorp-Schule, Gösselerstr. 13-15.

## „Arm ab“ ist unabweisbar

von ihrer Förderungshöchstdauer abgezogen.

Aber wieso denn, sie haben mir damals doch den Fachrichtungswechsel bewilligt.

Ja, aber nach dem neuen Gesetz werden nur „unabweisbare Gründe“ anerkannt. Was sind denn unabweisbare Gründe?

Ich sag' mal so: Wenn sie ihren Arm bei einem Unfall verlieren haben und Medizin studieren, dann wäre das wohl unabweisbar.

Aber ehrlich gesagt, glaube ich nicht, daß es unabweisbare Gründe gibt. Von allen Fällen, die ich jemals bearbeitet habe, hat niemals jemand unabweisbare Gründe angegeben.

Der einzige sonderbare Fall, den ich jemals bearbeitet habe, war ein Theologie-Student. Ihm war die Mutter Gottes erschienen und er durfte deshalb nicht mehr Theologie studieren. Vielleicht würde der Hauptsachbearbeiter das als unabweisbar anerkennen. Ich weiß es nicht.

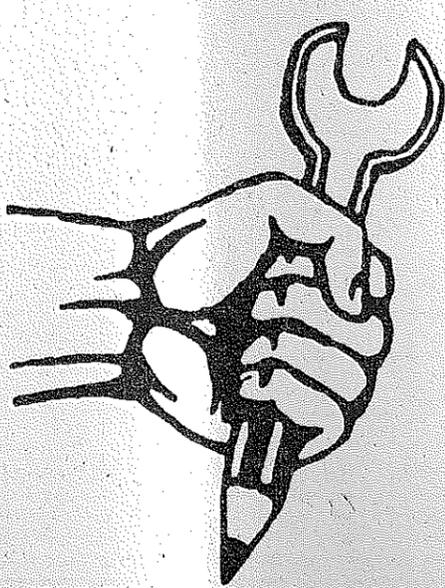
Und was heißt Zins-BAFöG? Sie machen einen Darlehensvertrag mit der Bank. Sie müssen einhundert Prozent zurückzahlen und hinzu kommen die Zinsen. Diese werden nach dem handelsüblichen Zins-Satz plus ein Prozent jedes halbe Jahr festgelegt. Das sind drei bis neun Prozent.

Ein halbes Jahr nach der letzten Zahlung müssen Sie anfangen zurückzuzahlen.

Nur in ganz seltenen Fällen wird diese Frist aufgeschoben, aber der Kredit steigt dann ja durch die Zinsen. Dann machen ja die Banken einen tierischen Reibach durch die Not der Studentent! Ja, das kann man so sagen. Aber das ist doch eine Unverschämtheit! Wahrscheinlich wird dann ja bald das ganze BAFöG auf Zins-BAFöG umgestellt. Ja, da denken wir auch schon alle drüber nach, dann sind ja unsere Stellen auch überflüssig und wir werden arbeitslos. Wirklich, immer geht es auf die kleinen Leute, wie jetzt mit der Lohnfortzahlung!



12.000 Schülerinnen demonstrieren in Berlin gegen das Sparpaket des Senats. Helko: „Soviel Meinungsfreiheit hatten wir in der Schule noch nie! Nur durch solche Aktionen können wir zeigen, was wir wollen.“



Ach, hören sie mir auf, da wird einem ganz übel, wenn man darüber nachdenkt.

Nun ja, das Zins-BAFöG kann ich mir nicht leisten, daher werde ich mein Studium abbrechen. Da ich jetzt keinen Pfennig Geld mehr habe, muß ich entweder ganz schnell einen Job finden oder Sozialhilfe beantragen.

zusammen Widerspruch einlegen. Das Zins-BAFöG wurde für folgende Fälle eingeführt:  
● Die Semester für einen Fachrichtungswechsel, der nicht unabweisbar war, werden von der Förderungshöchstdauer abgezogen.  
● Studienzeiten im Ausland werden von der Förderungshöchstdauer abgezogen.  
● Eine Zweit-Ausbildung wird nur noch mit Zins-BAFöG gefördert.  
● Förderungsverlängerungen werden nur noch als Zins-BAFöG ausbezahlt.  
● Die Studienabschlussförderung wird nur noch als Zins-BAFöG ausbezahlt.

P.S.: Wer noch davon betroffen ist, sollte sich so schnell wie möglich mit dem ASIA in Verbindung setzen und mit diesem

## Nazis in der Region Aachen

Am Samstag, dem 26. Oktober 1996 fand in der Wohnung von Manfred Rouhs (Jülicher Straße 247 in Eschweiler - Dürwiß bei Aachen) ein Treffen von rund 150 Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet zum 10-jährigen Bestehen der Nazi-Zeitung „Europa Vorn“ statt. Manfred Rouhs saß für die Deutsche Liga im Kölner Stadtrat und wurde dadurch bekannt, daß er ein Kopfgeld von 5 000 DM auf seine untergetauchte Flüchtlingsfamilie aussetzte. Nachdem er

aus Köln vertrieben wurde, versucht er nun eine neue Nazi-Hochburg in Eschweiler-Dürwiß aufzubauen.

An der Demonstration gegen das Nazi-Treffen nahmen rund 80 Antifaschisten teil. Dies zeigt, daß die antifaschistischen Strukturen dringend wiederbelebt werden müssen, um die Nazis zu stoppen.

Am Samstag, dem 9. November findet die traditionelle Demonstration zur Reichspromonade statt. Für diesen Tag

haben die Nazis um Manfred Rouhs über das Thule-Netz einen Aufmarsch angekündigt. Daher werden sich am 9. November ab 12.00 Uhr auf dem Willy-Brandt Platz (Kugelbrunnen) in Aachen Antifaschisten sammeln, um den Aufmarsch zu stoppen. Es ist enorm wichtig, daß es uns gelingt, die Aufbauten der Nazis in der Region Aachen direkt zu stoppen.

Holger, Aachen

## Jugend Offensive

JUGEND GEGEN RASSISMUS IN EUROPA (JRE)

**DIE BLENDE IN DER AUSBILDUNGSSTÖRPERUNG: SPONSOREN STATT BAFÖG**

**WENN ICH DIE NÄCHSTE KLAUSUR VERGELGE, VERKAUFEN SIE MICH AN DIE AEG.**

**OH SCHEIßE - ZWEITE LIGA?**

**TABELLE**

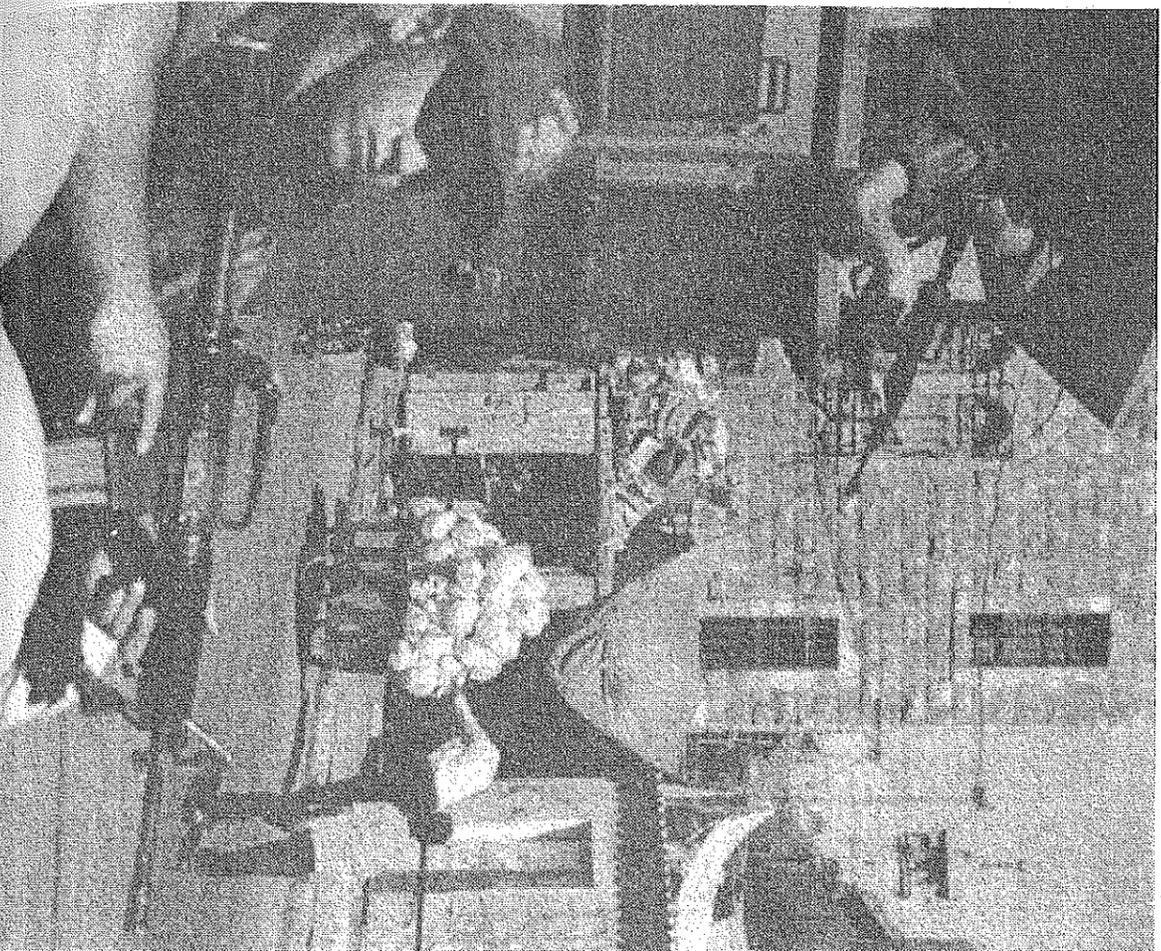
Platz	Team	Punkte
1	FC Bayern München	18
2	Borussia Dortmund	15
3	Eintracht Frankfurt	12
4	FC Schalke 04	10
5	FC Köln	8
6	1. FC Kaiserslautern	7
7	1. FC Nürnberg	6
8	1. FC Heidenheim	5
9	1. FC Lokomotive Leipzig	4
10	1. FC Magdeburg	3
11	1. FC Saarbrücken	2
12	1. FC Union Berlin	1
13	1. FC Schweinfurt 05	0
14	1. FC Sion	0
15	1. FC Admira Wacker	0
16	1. FC Austria Wien	0
17	1. FC Slovan Bratislava	0
18	1. FC Spartak Prag	0
19	1. FC Viktoria Plzeň	0
20	1. FC Slovan Liberec	0

**FBI E-TECHNIK**

**11/187**

Palästina/Israel

# „Unsere Körper sind unsere Waffen“



Trotz schwerwärtiger Sicherheitskräfte hat Israel keine Antwort auf den wieder aufgefamnten palästnensischen Widerstand.

Großbritannien



Labour-Chef Blair ist begeistert von: „New Labour, new Britain, new Visions.“

**Anfang 1997 werden die Parlamentswahlen in Großbritannien stattfinden und wahrscheinlich wird die Labour Party gewinnen. Gibt Labour's neue Politik den Menschen neue Perspektiven?**

Seit 1979 sind die Konservativen an der Regierung. Das bedeutet 17 Jahre Sozialabbau, Verschärfung der Arbeitsbedingungen und Abbau der gesellschaftlichen Rechte. Die Tories haben die britische Gesellschaft in allen Bereichen heruntergewirtschaftet. Das Vorgehen der Tory-Regierung im Skandal um den Rinder-Wahnsinn offenbart ihre ganze Verkommenheit. Die Leute haben genug von dieser Regierung. In Meinungsumfragen liegt Labour regelmäßig 15-20 Prozentpunkte vor den Tories.

**Bewaffnete Kämpfe bra-**  
chen im September in den von Israel besetzten Gebieten aus. Es waren die größten Auseinandersetzungen seit Beginn der Intifada. Das Öffnen eines historischen Tunnels nahe den heiligen Stätten der Moslems in Jerusalem entzündete eine Explosion, in der sich die aufgestaute Wut und Frustration der Palästinsenser Luft machte.

**Bericht von einem Korrespondenten aus Palästina/Israel**

Der sogenannte „Friedensprozess“ hat den Massen nur weiteres Elend gebracht. Sie hatten gehofft, daß der „Friedensprozess“ zu einer besseren Zukunft, zu Unabhängigkeit und Würde führen würde. Aber die Wahl der rechten Likud-Regierung in Israel, die in scharfen Worten jegliche Zugeständnisse an die Palästinsenser ablehnte, hat diese Hoffnungen zerschlagen.

Arafat, dessen Politik der Verhandlungen und der Kapitulation in Scherben liegt und der immer mehr als Strohmann Israels gesehen wird, hatte zu einem Generalstreik und Demonstrationen am 25. September aufgerufen. Er hoffte, so der wachsenden Opposition unter den Massen gegen seine Politik den Boden zu entziehen und ihre Wut in sichere Bahnen zu lenken, die sich dann als Trumpfkarte in den Verhandlungen benutzen lassen würde.

Aber die Bewegung gilt ihm schnell aus den Händen und beendete die Demokratisierung der alten Intifada-Aktivisten, die die Reihen der Demonstrationen

nen füllten.

Nach dem Abkommen von Oslo sind die israelischen Truppen in den Zentren der Städte durch palästnensische Polizei ersetzt worden. Daher marschierten die Demonstranten mit Steinen und Flaschen bewaffnet zu den Stadträndern, um die israelischen Kontrollpunkte zu erreichen.

In Szenen, die an die Intifada erinnerten, bewarfen sie furchtlos die israelischen Soldaten mit Steinen, welche ihrerseits mit Gewehrfeuer reagierten. (Trotz der Friedensvereinbarungen erlauben die Befehle der israelischen Armee immer noch, auf unbewaffnete Palästinsenser zu schießen.) Die palästnensische Polizei, die geschickt worden war um die Demonstrationen zurückzuhalten, wurde als Verräter verflucht und mitunter selbst mit Steinen beworfen, da sie nichts tat, um die Massen vor den israelischen Kugeln zu schützen.

Schließlich drehte sie sich in einem kritischen Moment um und begann, gegen die israelischen Soldaten zurückzuschreiten.

**Um Unabhängigkeit und Freiheit zu gewinnen, werden die Palästinsenser eine neue politische Führung aufbauen müssen.**

Die Menge feierte sie. Sie waren nun nicht mehr Marionetten der Unterdrückung. Sie waren Verteidiger der eigenen Leute.

Die israelische Armee ist daran gewöhnt, auf unbewaffnete Demonstranten zu schießen, aber nicht daran, selbst unter Feuer zu kommen. 12 israelische Soldaten und über 60 Palästinsenser wurden getötet.

Die israelischen Truppen waren von der Entschlossenheit und Opferbereitschaft der Massen geschockt. Die israelische Armee rückte mit Panzern und Kampfbuschraubern an. „Die Palästinsenser fürchten sich nicht mehr vor scharfer Munition“, erklärte ein israelischer Fernsekkommentator.

In Nablus wurde eine in einem religiösen Heiligtum stationierte Abteilung israelischer Soldaten von Palästinsensern umringt und festgenommen. Der israelische Kommandant der West Bank war gezwungen, mit der palästnensischen Polizei über ihre Freilassung zu verhandeln.

Die Regierungen der USA und Europas fürchten eine Verschärfung des Konflikts, der sich über den Mittleren Osten verbreiten könnte und ihre Marionettenregimes bedrohen würde. Darum üben sie Druck auf Premierminister Bibi Netanyahu und den Leiter der palästnensischen Verwaltung Arafat aus, damit sie sich treffen und die Krise entspannen.

Netanyahus Politik des harten Kurses gegen die Palästinsenser erweist sich nun als Bumerang. Die Illusion vom Frieden im Mittleren Osten hat sich zerlegt. Die ausländischen Kapitalisten drohen mit Rückzug aus der israelischen Wirtschaft.

Die Kurse an der Börse von Tel Aviv fielen allein an einem Tag um 4,5%. Die Krise hat die israelische Wirtschaft an einem besonders kritischen Punkt getroffen. Das spektakuläre Wachstum der letzten Jahre ist zum Stillstand gekommen. Die israelische Wirtschaft erzeugt jeden Monat ein Defizit von ei-

ner Billion Dollar. Die Kapitalisten fürchten die kommende Krise. Ein erneuter Konflikt mit den Palästinsensern könnte einen Zusammenbruch auslösen.

Die Moral der israelischen Armee ist auf dem Tiefpunkt. Nur wenige junge Israelis haben noch genug Enthusiasmus, um sich in die besetzten Gebiete schicken zu lassen und für Bibis Abenteuer mit dem Leben zu bezahlen.

Die Israelis sind tief gespalten; wobei ein großer Teil die Likud-Regierung für die letzten Ereignisse verantwortlich macht. An einer eilends organisierten Demonstration in Tel Aviv beteiligten sich 40.000. Ein Redner forderte Massensprozesse, um die Regierung zu stürzen.

Trotz Israels Panzern und Hubschraubern hat „Bibi“ keine militärische Antwort auf den wiederaufgefamnten palästnensischen Widerstand. Sein einziger Ausweg besteht darin Arafat davon zu überzeugen, die Massen zu beruhigen. Bibi hat sich nach seiner Wahl drei

Monate lang geweigert, Arafat zu treffen. Nun beteuert er um ein Treffen.

Aber Arafat würde die gerade neu erworbene Glaubwürdigkeit unter den Massen verlieren, wenn er die Bewegung demobilisiert, ohne handfeste Fortschritte erzielt zu haben. Und ein „Waffenstillstand“ auf dieser Basis könnte nicht lange halten.

Die palästnensischen Massen haben einmal mehr ihren großen Mut und die Bereitschaft zu Opfern gezeigt. Über 60 Palästinsenser haben in diesen Tagen ihr Leben für die Weiterführung des Kampfes gegeben - und auch um zu zeigen, daß das palästnensische Volk angesichts von Amerika und Netanyahu nicht hilflos ist. Ein junger Palästinsenser machte diese Entschlossenheit klar, als er sagte: „Unsere Körper sind unsere Waffen!“

Der in Oslo beschlossene Friedensprozess hat offensichtlich den Grundkonflikt nicht gelöst. Er kann den Menschen in Palästina nicht den minimalen Lebensstandard sichern, der für ein annehmbares menschliches Leben notwendig ist.

Jeder Fortschritt in den Rechten der Palästinsenser kann nicht durch den guten Willen der Unterdrücker zustande, sondern wurde durch die Kämpfe der Massen erreicht. Tragschwerelos wird Arafat wahrscheinlich die schmerzlichen Opfer seines Volkes als Trumpfkarten in den sogenannten Friedensverhandlungen verspielen, um die Bedingungen der israelischen Herrschaft etwas milder zu gestalten.

Um aber Unabhängigkeit und Freiheit zu gewinnen, werden die Palästinsenser eine neue Führung aufbauen müssen, die bereit ist über das hinauszuweisen, was die Unterdrücker zu geben bereit sind, die sich auf die Kämpfe der Massen stützt und den palästnensischen Kampf zum Ausgangspunkt eines Kampfes in der Region gegen die imperialistische Herrschaft und den Kapitalismus macht. ■

## Labour Party: Alles neu?

Doch es gibt keine großen Illusionen, daß eine Labour-Regierung ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen weniger angehen wird. Und Labour-Chef Blair und sein Schattenkabinett sind bemüht, diesen Eindruck zu unterstützen.

Unter dem Schlagwort „New Labour“ wurden Programm und Politik der Partei nach rechts gedrückt. Bereits in den 80er Jahren wurden Parteiinhalte, nach einer von der Partei-Führung inszenierten Hexenjagd, ausgeschlossen. Innerparteiliche Demokratie ist heute ein Fremdwort in der „New Labour Party“.

Der berühmte „Clause Four“ der Programmpunkt in dem die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien gefordert wurde, wurde gestrichen. Alle Reste sozialistischer Ideen, alles, was irgendwie an das Image einer Arbeiterpartei erinnern könnte, wurde demonstrativ abgeschafft. Demensprechend sehen die politischen „Alternativen“ von New Labour aus:

### Profite und mehr Nationalgefühl

Blairs Lösung für die drängenden Probleme der britischen Gesellschaft ist „Ein nationales Ideal! Dies ist eine Verpflichtung für die ganze Bevölkerung, reich und arm“. Die zentrale Aufgabe steht er darin, eine „stabile Grundlage für Investitionen und substantielles

Wachstum zu schaffen“. Und wie will er das erreichen? „Durch eine dynamische Marktwirtschaft, die auf Partnerschaft zwischen Regierung und Industrie, zwischen Arbeitnehmern und öffentlichen Sektor basiert.“ Nichts darf die freien Kräfte des Marktes stören. Also das Programm, mit dem die konservative Maggie Thatcher vor 17 Jahren ihren Angriff auf die Arbeiterklasse einläuterte!

### Staatshaushalt sanieren

Gordon Brown will, wenn er für die Labour-Party Finanzminister wird, „eisen sparen und sparen, bevor etwas ausgegeben wird.“ Auch Blair meint: „Harte Entscheidungen werden noch härter, wenn man an der Regierung ist“.

Doch gleichzeitig soll es höhere Ausgaben für die „Investitionsförderung“ der Wirtschaft geben. Und New Labour hat schon jede Menge Vorschläge, die die Armen noch ärmer machen werden – Arbeitsdienst für Sozialhilfempfänger, keine Rücknahme des neuen Arbeitslosengesetzes (Jobsuchende werden unter anderem gezwungen Jobs für 2,40 DM anzunehmen) und vieles mehr.

### Armut steigt

Schon heute leben viele Rentner in Armut. Die staatlichen Renten werden nicht mehr an

Miriam Alberti, Köln

# Generalstreik bei den Nachbarn

**Arbeitslosigkeit und die Angst um den sicheren Arbeitsplatz sind die Haupt Sorgen der belgischen Arbeiterklasse. Der Generalstreik am 28. Oktober war daher wie erwartet ein voller Erfolg.**

Obwohl nur die sozialistische Gewerkschaft, die hauptsächlich in den wallonischen Gebieten vertreten ist, zu diesem Streik aufgerufen hatte, wurde er im ganzen Land befolgt. In ganz Belgien führen keine Züge und Busse mehr, Banken, Versicherungen und alle großen Geschäftshäuser blieben geschlossen. Die Beteiligung war in Wallonien aber größer als in Flandern. In kampferprobten Städten, wie zum Beispiel Lüttich, gingen Gewerkschafter mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf eine 32 Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich in die Offensive.

## Wut

Die Wut ist groß: „Wir haben die Nase total voll von Leuten, die uns sagen wollen, was gut und was schlecht ist, ob es der oberste Gerichtshof ist oder Typen sind, die uns erzählen, unse-

re Löhne wären zu hoch und wir müßten der europäischen Währungsunion beitreten,“ so ein VW-Arbeiter aus Brüssel.

Der Justizskandal und die Absetzung des populären Untersuchungsrichters im Fall des Kinderschänders Dutroux hatte 300.000 Menschen am 20. Oktober in Brüssel auf der Straße gebracht, einer der größten Protestmärsche in der Geschichte Belgiens. „Sie können unser Gesundheitssystem nicht schließen, unser Bildungssystem, unseren Sozialstaat. Sie schaffen es nicht, unsere Jobs zu schaffen und jetzt ist klar geworden, daß sie noch nicht mal unsere Kinder beschützen können.“ Das ist das Gefühl, was in ganz Belgien vorherrschend ist.

Im Vorfeld hatten tausende Arbeiter, Schüler und Studenten gegen die Absetzung des Untersuchungsrichters spontan demonstriert oder gestreikt. Feuerwehrleute in Lüttich richteten ihre Wasserstrahlen auf das Justizgebäude, um bei dem Reibnigen des staatlichen Saustalls nachzuhelfen. Millwerker hielten auf der Demo ein Transparent mit der Aufschrift „Räumen wir den Staat auf“.



Wegen der Absetzung des populären Untersuchungsrichters, Conoverite, kam es zu spontanen Streiks und Protesten im ganzen Land.

Trotz der sozialen Explosion gelang es der Regierung, den „Weißen Marsches“ zu entpolitisieren und der Bewegung die Spitze zu nehmen. Der Ministerpräsident De Haene wurde zum Mifraufufer, empfing die Eltern der mißhandelten und ermordeten Kinder und machte aus dem Protestzug einen Schweigemarsch. Politische Fahnen, Flugblätter oder Zeitungen wurden verboten. Mitglieder unserer Schwesterorganisation Militant links wurden

mehrere Stunden im Knast festgehalten, weil sie Flugblätter verteilt hatten.

## Alternative

Der Haß und das Mißtrauen gegen das Establishment ist immer noch da. Auf der anderen Seite wird auch die Schwäche der Bewegung deutlich, da keine Alternative in Sicht ist. Eine „Opposition“ gibt es nicht, sie geht in der Großen Koalition unter. Die Gewerkschaftsführer sehen die Streiks als Aktionen, um Dampf aus dem unter Druck stehenden Kessel abzulassen.

Im Justizskandal um den Kinderschänder Dutroux hat es noch keinen einzigen (!) Rücktritt gegeben. Es kann nicht darum gehen, eine Justiz, die Kinderschänder deckt, zu reformieren. Der erste Schritt wäre, die Ermittlungen unter demokratische Kontrolle zu bringen. Eine Versammlung von betroffenen Eltern und Anwohnern könnte aus ihrer Mitte einen Ausschuß wählen, der die Herausgabe der Untersuchungsbereiche und Beweismaterialien u. a. der Videobänder mit den Bildern der Täter verlangt, die Ermittlungen übernimmt und auf regelmäßigen Versammlungen Bericht erstattet.

Ohne klare Ziele der Streiks wird die Bewegung sich totlaufen. Am Tag nach dem „weißen

Marsch“ hatten die Regierenden wieder die Oberhand. Sicherheitskräfte waren überall in den Straßen zu sehen, kleinere Demonstrationen wurden aufgelöst, junge Leute verhaftet.

Doch die Arbeiterbewegung hält nicht ruhig. „Wenn die Bewegung jetzt eine Pause macht, ist es nur eine Frage der Zeit, bevor wieder was Neues aufgebaut wird bis hin zu einem anderen von diesen Generalstreiks, wo wir bekannt für sind“, sagte eine Krankenschwester auf der Demonstration.

Von allen Ländern Europas zeigt derzeit vielleicht Belgien am eindrucklichsten, daß wir eine radikal andere Gesellschaft brauchen. Eine Gesellschaft, in der nicht, von niemandem gewählte, Privatgentümer von Barkeit und Konzernnen über Arbeit oder Arbeitslosigkeit für Millionen bestimmen, in der nicht die Rechtssprechung in der Hand von Richtern liegt, die niemand gewählt hat und die niemand abwählen kann. Stattdessen ein sozialistische Gesellschaft, in der Wirtschaft und Justiz demokratisch von unten nach oben aufgebaut sind.

**Kim Opgenoorth,  
Kein**



Wut auf Justiz und Polizei ist das Gefühl, das in ganz Belgien vorherrschend ist.

## EU-Wahlen in Österreich

# Debakel für die Sozialdemokratie – relativer Erfolg für linkes Wahlbündnis

Die SPÖ, die sich seit 25 Jahren an der Spitze des Staates halten konnte, verlor über 750.000 Wähler und wurde mit 29,2 Prozent nur zweitstärkste Partei hinter ihrem Koalitionspartner, der konservativen ÖVP (29,6 Prozent).

## Sonia Grusch, SOV-Kandidatin für das EU-Parlament

Die Wahlen waren die Gelegenheit, der Regierung, vor allem der SPÖ, einen Denkzettel zu verpassen. Vor der Abstimmung über den EU-Beitritt wurde eine Menge versprochen – nächster gab es Sozialabbau, Steuererhöhungen und steigende Arbeitslosigkeit. Unter dem Vorwand, die Maastricht-Kriterien erfüllen zu müssen, schnürte die Regierung ein Sparpaket von über 15 Milliarden DM auf

den Rücken von Frauen, Jugendlichen, Arbeitslosen und Rentnern.

## Rechtspopulist Halder

Der große Sieger dieser Wahl heißt wieder einmal Halder (27,6 Prozent). Die extrem rechtspopulistische FPÖ konnte einen großen Teil der Proteststimmten für sich verbuchen. Sie präsentierte sich im Wahlkampf als die Vertretung des „Kleinen Mannes“ und wertete gegen die EU, den Ausverkauf der österreichischen Wirtschaft und gegen die Sparpakete. Ein geschnittenes Themengemisch, das allerdings mit den wahren Zielen der FPÖ und ihrer Hintermänner aus der Wirtschaft nichts gemein hat. Tatsächlich war die FPÖ als erste Partei für einen EU-Beitritt, macht sich stark für die NATO, fordert die

Nichtbezahlung des ersten Krankheitslages, Kürzungen bei Sozialleistungen und eine Rückwendung der Frau zu ihren „natürlichen Aufgaben“. Natürlich gibt es bei den Wählern der FPÖ einen Teil, der diese Ziele tatsächlich unterstützt. Aber der nach wie vor größere Teil sieht seine Stimme als Protest gegen die Regierungspolitik.

Viele FPÖ-Wähler sind ehemalige Anhänger der Sozialdemokratie. 50 Prozent aller Arbeiter, die zur Wahl gegangen sind, haben Halder & Co. ihre Stimme gegeben. Bürgerliche Kommentatoren wollen uns nun weismachen, die FPÖ sei die neue Arbeiterpartei. Tatsache ist allerdings, das die soziale Basis der FPÖ ganz woanders liegt: bei (Klein-)Unternehmen und Selbstständigen, ein Fünftel kommt auch aus dem rechten und faschistischen Lager.

ger. Viele Wähler sehen die FPÖ als Möglichkeit, „denen da oben“ endlich einen Denkzettel zu verpassen.

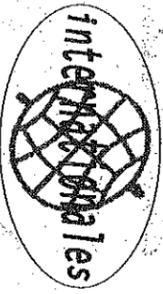
## Denkzettel – aber von links!

Daß die FPÖ die Proteststimmten für sich verbuchen kann, ist vor allem auf das Fehlen einer starken linken Alternative zurückzuführen. Die Grünen verabschieden sich zunehmend von linken Positionen, der Maastricht-kritische Kurs bei dieser Wahl war nur ein vorübergehendes Links-Blinken.

Erstmalig gab es bei diesen Wahlen ein – wenn auch kleines – linkes Wahlbündnis. Die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV), die österreichische Schwesterorganisation der SAV, hatte bereits im Juni einen Aufruf an die österreichische

Linke veröffentlicht, gemeinsam bei dieser Wahl zu kandidieren. Reagiert hat nur die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ). So kam es zu diesem Wahlbündnis aus SOV und KPÖ. Die SOV führte ihren Wahlkampf über dem Motto „Denkzettel – aber von links“.

Denkzettel für Sozialabbau, Jobkiller, die kapitalistische EU und auch die blaue (FPÖ)-Scheinopposition. Neben dem Bündnis die einzige Liste, die real Stimmen gewinnen konnten (0,5 Prozent im Vergleich 0,3 Prozent für die KPÖ bei den letzten Nationalratswahlen). Gewonnen werden konnten nicht nur Wähler, sondern auch Leute, die gegen Sozialabbau und Rechtsruck aktiv werden wollen.



## Argentinien

Breite Beteiligung fand ein 36-stündiger Generalstreik Ende September in Argentinien. Auch kleine Geschäftsleute, Ladenbesitzer und die Mittelschicht unterstützen den Streik. Der Streik richtete sich gegen die Absicht der Regierung Menem, gesetzliche Regelungen bezüglich täglicher Arbeitszeit, Wochenarbeit und Urlaub abzuschaffen. Ebenso die Abfindungen für entlassene ArbeiterInnen. Tarifverträge sollen durch individuelle Verhandlungen zwischen Arbeiter und Unternehmer ersetzt werden.

## Internationaler Protesttag

Der Gewerkschaftverbände aller Länder des lateinamerikanischen „Mercosur-Marktes“ – MERCOSUR – haben vereinbart, den 17. Dezember zu einem internationalen Protesttag gegen die „neoliberalen“ Angriffe auf die Arbeiter zu machen. Die Gewerkschaftsführer sagen, daß dies der erste Schritt zu einem Generalstreik in ganz Südamerika Anfang 1997 sei.

## Japan

Bis zu den Parlamentswahlen Ende Oktober wurde Japan von einer Koalition aus dem konservativen Liberaldemokratischen Partei (LDP) und Sozialdemokraten regiert. Klarer Wahlsieger war die LDP, die die absolute Mehrheit im Unterhaus nur knapp verfehlte. Klarer Verlierer waren dagegen die Sozialdemokraten, sie sind nach dieser Wahl von der politischen Landkarte Japans fast völlig verschwunden.

Noch vor drei Jahren hatte alles anders ausgesehen: Diskreditiert durch Korruptionskandale, zerrissen und geschwächt durch Spaltungen und unfähig, die japanische Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen, verlor die LDP die Regierungsmacht. Erst die Sozialdemokraten holten die LDP durch eine Koalition zurück auf die Regierungsbank. Dieses Mandat verbrachte die Sozialdemokraten zwar in die Regierung, diskreditierte sie aber gleichzeitig als Steigbügelhalter der Konservativen. Offensichtlich hat ihnen die Umbenennung von „Sozialisten“ in „Sozialdemokraten“ vor einiger Zeit nichts genutzt.

## Frankreich

350.000 Arbeiter beteiligten sich am 17. Oktober an Demonstrationen gegen neuen Plan der Regierung, massiv Stellen im öffentlichen Dienst abzubauen. Der einträglicher Streik wurde von ungefähr einem Drittel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst befolgt und hatte Unterstützung bei der großen Mehrheit der Bevölkerung. Augenzeugen hatten die großen Gewerkschaften. Eine Untersuchung der Zeitschrift „le point“ ergab, daß über die Hälfte der Befragten, in den kommenden Wochen eine große gesellschaftliche Bewegung mit sozialen Forderungen wünscht.“

# Co-Management statt Kampf



In einer Zeit des Klassenkampfes von oben legt die DGB-Führung ein Programmentwurf im Geist der verbliebenen Sozialpartnerschaft vor

Der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB will sich auf einem Kongreß im November ein neues Grundsatzprogramm geben, mit dem das von 1981 stammende ersetzt werden soll. Gewerkschaftliche Grundsatzprogramme sind längerfristig angelegt. Sie sollen eine gesellschaftliche Bestandaufnahme machen und Antworten auf die Fragen der Zukunft geben.

**Frank Klöbes, SAV Kassel**

Der vom DGB-Vorstand vorgelegte Entwurf für das neue Grundsatzprogramm geht weitgehend an der Realität der abhängig Beschäftigten vorbei. Er macht nicht einmal den Versuch, die Ursachen für zunehmende Armut, Reallohnverluste und Sozialabbau zu benennen.

## Marktwirtschaft als Ende der Geschichte?

In einer Zeit, in der tagtäglich die Klassengegensätze immer deutlicher zum Vorschein kommen, in der die Massenarbeitslosigkeit die Zahlen von 1933 fast erreicht, und die Bundesregierung mit den Unternehmerverbänden den Generalangriff auf die Reste des Sozialstaates und die Arbeitnehmerrechte führen, legt die DGB-Führung ein Grundsatzprogramm im Geiste der verbliebenen „Sozialpartnerschaft“ vor. Statt kämpferisch auf die Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren, heißt es: „Die soziale Marktwirtschaft ist besser als andere Wirtschaftsordnungen geeignet, die Ziele der Gewerkschaften zu erreichen.“

Die Ziele der Gewerkschaften in früheren Programmen, u.a. Vollbeschäftigung, Verteilung der Arbeit, Humanisierung der Arbeitswelt, Humanisierung der Schlussindustrien, wurden im Rahmen der Marktwirtschaft schon nicht erreicht, als das Gesicht der Marktwirtschaft noch soziale Schutzleistungsflaster aufwies. Heute, wo die häßliche Frauze darunter wieder zum Vorschein kommt und der Klassenkampf von oben tobt, ist die Durchsetzung selbst bescheidener gewerkschaftlicher Ziele unmöglich, wenn man von vornherein die „Sachzwänge“ der Marktwirtschaft akzeptiert.

## Klassengegensätze verwischt

In dem Entwurf werden die Klassengegensätze nicht nur verwischt, sondern es werden neue Interessengegensätze konstruiert. „Der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit prägt nach wie vor die wirtschaftliche wie gesellschaftliche Entwicklung kapitalistisch verfaßter Marktwirtschaften. Gleichzeitig haben Widersprüche politisches und gesellschaftliches Gewicht bekommen, die nicht auf den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit zurückzuführen sind. Konflikte zwischen den Geschlechtern, Widersprüche zwischen ökonomischer Entwicklung und Raubbau an Natur und Rohstoffen, der Widerspruch zwischen zunehmender Weltoffenheit der Menschen und dem Aufbrechen ethnischer Konflikte und dem Widerstreifen nationalistischen Denkens...“

## Frauen

Ist der Konflikt zwischen den Geschlechtern, zwischen Männern und Frauen etwa angeboren, biologisch begründet? Ohne die Geschichte der Frauenunterdrückung vertiefen zu wollen, gab es jedoch in der Geschichte Gesellschaften, die ohne sie auskamen. Die systematische Schlechterstellung aufgrund des Geschlechts hat gesellschaftliche Ursachen. In Klassengesellschaften, die alle auf Ungleichheit, Ausbeutung und Spaltung beruhen, gab und gibt es auch keine Gleichstellung der Geschlechter.

Im Kapitalismus bedeutet das heute: Frauen werden als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. Wenn nicht genügend Arbeitsplätze vorhanden sind, sind die Frauen die ersten, die auf die Straße

fliegen. Die konservative Bundesregierung mit ihrer mittelalterlichen Frauenministerin Nolte drängt die Frauen mehr und mehr aus dem Berufsleben. Frauen sollen Heim, Herd und Kinder hüten. Dies ist der ideologische Ausdruck eines niedergehenden Kapitalismus mit massenarbeitslosigkeits- und zunehmender Verarmung.

Würde die Arbeit auf alle verteilt, würde nicht nach Profit gewirtschaftet, sondern nach Bedürfnissen, würde der Reichtum gerecht verteilt, dann könnten Frauen genauso viel verdienen wie Männer, könnte jede Frau arbeiten, könnte die Arbeitszeit für beide Geschlechter verkürzt, könnten Kinderbetreuung und häusliche Arbeiten gesellschaftlich organisiert werden.

Die ökonomische und gesellschaftliche Gleichstellung der Frau ist eine wichtige Voraussetzung, um eine Entwicklung hin zu einem harmonischen Zusammenleben der Geschlechter einleiten zu können. Doch Arbeitslosigkeit, ungleicher Reichtum und Bezahlung sind Bestandteil des Kapitalismus, dessen Hauptkonflikt der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit ist.

## Umwelt

Ähnlich verhält es sich mit dem Raubbau an der Natur. Wieso muß es zwangsläufig einen Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie geben? Warum holzen große Konzerne den Regenwald ab? Weil sie damit Profite machen wollen. Warum wird der Giftmüll nicht entsorgt, sondern dem Kompost untergemischt oder in den Libanon verschifft? Weil die Konzernne Geld sparen wollen auf Kosten von Mensch und Natur.

Es gibt auch viele Beispiele, wo Produktion und Umwelt weitestgehend in Einklang gebracht werden könnten, aber den Profitinteressen der Konzerne im Weg stehen. Ein Beispiel ist die Verkehrspolitik. Statt den Schienenverkehr auszubauen, werden immer mehr Transporter auf die Straße verlagert. Selbst

die gelbe Post hat ihre Brief- und Frachtfahrerzentren an die Autobahnen gebaut und nicht an die Schienen gebunden. Auch die Meere bräuchten nicht durch Verklappung von Öl und Tankerkatastrophen verseucht zu sein, wenn das Profitieresse nicht im Vordergrund stünde. Die Technologie, um dies zu verhindern, ist seit Jahrzehnten vorhanden. Sie müßte nur im Interesse von Mensch und Natur eingesetzt werden.

## Massenarbeitslosigkeit

Die Folgen des kapitalistischen Wirtschaftens sind immer wieder auftretende Weltwirtschaftskrisen, mit Massenarbeitslosigkeit und Armut. Für dieses drängende Problem unserer Zeit gibt es in dem Programmentwurf zwei Antworten.

## Kein Nein zur Privatisierung

Im DGB-Programmentwurf steht zum Thema öffentlicher Dienst und Deregulierung:

„Obwohl die Gewerkschaften eine forcierte Privatisierung und Deregulierung ablehnen, vertreten wir nicht die Vorstellung, der Staat müsse alles regeln. Die

Dies klingt wie ein Appell von Norbert Blum an die Unternehmer und seine eigene Partei.

## Tarifvertragssystem

Die letzten Jahre sind von Tarifrufen und der Aushöhung des Flächenarbeitsystems seitens der Unternehmer gekennzeichnet. Sie zielen dabei auf Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und den Abbau von Lohn und Gehalt. Dabei haben sie Betriebsräte und Belegschaften erpöckelt, indem sie mit Betriebsabschlüssen und Arbeitsplatzabbau drohen.

Die Hauptforderungen der Untermehrentverträge hinsichtlich des Flächenarbeitsvertragssystems sind: Flächenarbeitsvertrag ja, aber nur als Mindestbedingung und mit Optionen (Öffnungsklauseln) für Betriebe oder Branchen, die sich in schwierigen wirtschaftlichen Umfeld befinden.

Wir streben ein neues Verfahren von Flächenarbeitsverträgen und der jeweiligen Umsetzung in den Betrieben an. Flächenarbeitsverträge müssen so gestaltet werden, daß sie den unterschiedlichen Realitäten in den einzelnen Branchen und Unternehmen entsprechen. Dazu wollen wir in den Flächenarbeitsverträgen Optionen verankern, die Wahl- und Gestaltungsspektiven für betriebliche Umsetzung ermöglichen.

Das steht nicht in einem Untermehrentpapier, sondern im DGB-Programmentwurf. Mit der Umsetzung dieser Vorstellung wäre der Spaltung der Arbeiterklasse von Branche zu Branche, von Betrieb zu Betrieb, Tür und Tor geöffnet.



Schulte und Murrmann beim tête à tête. Durch alle Themen im Programm-Entwurf zieht sich eine politische Botschaft: Mit unseren Partnern, den Unternehmen, verhandeln und reden.

Erstens soll die „Arbeitszeitverkürzung in ihrer vollen Vielfalt“ genutzt werden, was Teilzeit und Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich bedeutet. Zweitens „erwarten die Gewerkschaften von den Arbeitgebern und den politisch Verantwortlichen, daß sie alle Anstrengungen unternehmen, um die Vollbeschäftigung wiederherzustellen.“

schen öffentlichen und privaten Diensten...“

Mit anderen Worten: Der DGB-Bundesvorstand ist für Privatisierung und Deregulierung – aber bitte nicht zu schnell.

Wenn soziale und qualitative Standards erhalten bleiben, sind sie für den fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Diensten. Dies geht vollständig an der Realität vorbei. Privatisiert wird, um Löhne zu drücken, Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und den privaten Unternehmen Anlagemöglichkeiten zu verschaffen. Einen fairen Wettbewerb zwischen Öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft bei Aufrechterhaltung von Qualität und sozialer Sicherung kann es demnach nicht geben.

In vielen Bereichen ist der Programmentwurf widersprüchlich und unternehmerfreundlich und gibt jahrzehntelange gewerkschaftliche Positionen auf. Im bisherigen Grundsatzprogramm heißt es z.B.: „Nacht- und Schichtarbeit, Wochenend- und Feiertagsarbeit sowie Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten sind auf das unabdingbare Maß zu beschränken und so zu gestalten, daß die betroffenen Arbeitnehmer am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen können. Nacharbeit darf nur noch zugelassen werden, wenn sie aus technischen Gründen notwendig ist.“ Im neuen Grundsatzprogramm ist zu Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit kein Wort zu finden.

Den Folgen der Globalisierung des Kapitals wird ein Gemisch aus verbalem Bekannnis zur internationalen Zusammenarbeit der europäischen Gewerkschaften und naiven Appellen und Forderungen an die Regierungen und die Weithandelsorganisation entgegen gesetzt.

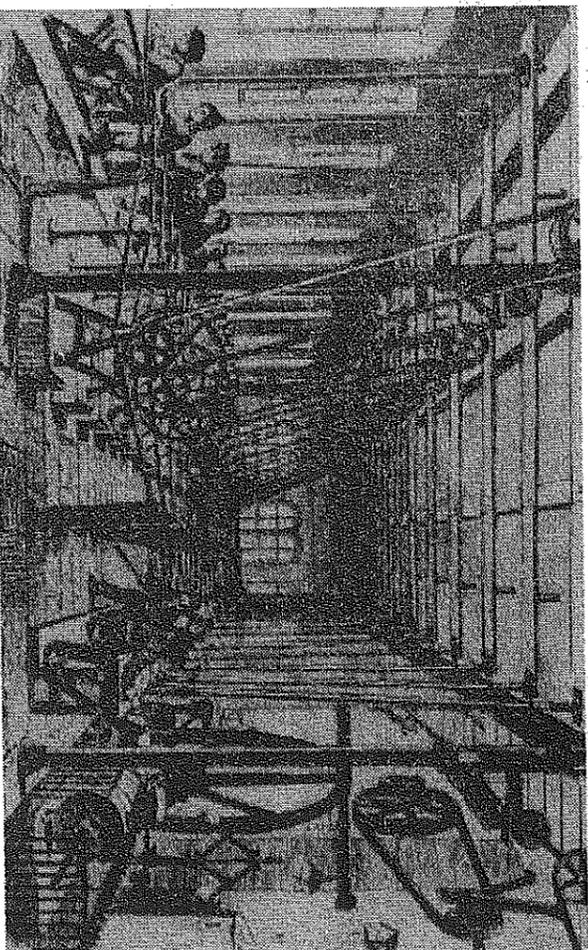
Durch alle Themen im Entwurf zieht sich eine politische Botschaft: Mit unseren Partnern, den Unternehmen, verhandeln und reden. Die Zeit für Klassenkampf ist vorbei, es lebe das Co-Management, die gemeinsame Krisenverwaltung.

Wenn die Politik dieses Entwurfs in die gewerkschaftliche Praxis umgesetzt wird, was zum Teil schon der Fall ist, dann werden die Gewerkschaften vollständig in die Defensive gedrückt und an Mitgliedern verlieren.

Für die Gewerkschaftsmittglieder bestand zu keinem Zeitpunkt die Möglichkeit, sich an der Diskussion zu beteiligen. Nach fünf Jahren Programmarbeit lag der Entwurf im März 1996 vor. Änderungsanträge mußten bis 31. Juli gestellt werden. Nur Gewerkschaftsvorstände, Landesbezirke und die zentralen Frauen- und Jugendverbände sind antragsberechtigt. Ein umfassender Willensbildungsprozess konnte nicht stattfinden und war auch vom DGB-Vorstand nicht beabsichtigt. Das ganze Verfahren ist von vorne bis hinten undemokratisch.

Wir werden nicht drumherum kommen, die Gewerkschaften demokratisch und politisch von unten her zu erneuern und sie zu richtigen Kampfinstrumenten für unsere Interessen zurückzubringen.

# Sozialismus Wie ist die Idee entstanden?



Der Einsatz von modernen Maschinen führt nicht automatisch dazu, daß die Menschen bei wachsendem Wohlstand weniger arbeiten müssen.

Seit dem Zusammenbruch der stalinistischen Regime in Osteuropa wird uns ständig versichert, der Sozialismus sei tot. Aber was dort untergegangen ist war kein Sozialismus. Wie ist die Idee einer Alternative zum Kapitalismus überhaupt angekommen und was verstand man damals unter Sozialismus?

Der moderne Sozialismus ist ein Kind der kapitalistischen Industrie. Davor konnte die geringe Produktion nicht allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Versuche, die soziale Ungleichheit zu beseitigen, konnten nur Gleichheit auf elendem Niveau erreichen und scheiterten daran.

## England

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts begann in England die industrielle Revolution. Völlig neue Produktionsmethoden und Maschinen wurden angewandt, z. B. mechanische Spinnmaschine, mechanischer Webstuhl, Dampfmaschine.

Plötzlich konnten in kurzer Zeit ungeheure Mengen an Waren hergestellt werden. Doch der Einsatz moderner Technik führte nicht dazu, daß die Menschen bei wachsendem Wohlstand weniger arbeiten mußten. Im Gegenteil: Unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktion führte der „Fortschritt“ zu längeren Arbeitszeiten, Kinderarbeit, zu Armut auf der einen Seite, in den wiederkehrenden Wirtschaftskrisen wurden die Arbeiterinnen massenhaft arbeitslos.

Sie versuchten zunächst, die neuen Maschinen, die ihre Arbeitsplätze vernichteten, zu zerstören. Allmählich mußten sie erkennen, daß sie den Einsatz von Maschinen nicht aufhalten konnten. Also gingen sie dazu über, die negativen Folgen der modernen Industrie zu bekämpfen. Wie ist die Idee einer Alternative zum Kapitalismus überhaupt angekommen und was verstand man damals unter Sozialismus?

**Gewerkschaften**

Sie schlossen sich heimlich zu Gewerkschaften zusammen. Schließlich wurden die Gewerkschaften so stark, daß die Regierung sie erlauben mußte. Demokratische Forderungen wurden laut, vor allem nach Ausweitung des Wahlrechts. Damals durften nicht mal die Fabrikbesitzer wählen. Arbeiter und Kapitalisten kämpften gemeinsam für eine Wahlreform. 1832 bekamen die Kapitalisten das Wahlrecht, die ArbeiterInnen nicht. Seitdem mußten ArbeiterInnen immer wieder erkennen, daß sie aufs Kreuz gelegt werden, wenn sie sich weismachen lassen, daß sie die gleichen Interessen wie die Unternehmer hätten.

Sie wandten sich entrüstet, von der Politik ab, wieder der Gewerkschaftsarbeit zu. Aber inzwischen waren viele Ge-



Demonstration für Frauenrechte: Jede Verbesserung mußten Arbeiterinnen erkämpfen.

Zwischenhandel austauschen. So sollte innerhalb des Kapitalismus eine genossenschaftliche Gegenwirtschaft aufgearbeit werden, eine sozialistische Gesellschaft in Miniaturausgabe.

## Utopie

Angeregt waren diese Vorstellungen durch Robert Owen. Er war ursprünglich selbst Kapitalist und Sozialreformer. Er hatte sich gefragt, warum die Maschinen Schaden statt Nutzen bringen. Sie könnten doch Produkte zur Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen herstellen. Owen erkannte, daß kleinere Reformen nicht reichen, daß eine Gesellschaft nötig ist, in der der Bedarf der Gesellschaft und nicht Profitinteressen die Produktion bestimmen. Er begriff aber nie, daß man die Herrschenden nicht von den Vorzügen einer sozialistischen Gesellschaft überzeugen kann, sondern eine solche Gesellschaft gegen ihren erbitterten Widerstand durchsetzen muß. Insofern waren seine Vorstellungen eine Utopie. Im Oktober 1833 fand in Lon-

## Chartismus

Die Niederlage war nicht von langer Dauer. Eine neue Wirtschaftskrise 1836/37 und staatlicher Sozialabbau trieben die ArbeiterInnen wieder in den Kampf. Sie hatten erkannt, daß sie den Staatsapparat nicht ignorieren können und richteten ihre Bewegung jetzt auf das allgemeine Wahlrecht. Es war völlig klar, daß das Wahlrecht, sobald es erlangt war, benutzt werden sollte, um Leute ins Parlament zu wählen, die dort die arbeitfeindlichen Gesetze ändern und einen aussichtsreichen gewerkschaftlichen Kampf ermöglichen sollten.

Es wurde eine Petition an das Parlament verfaßt, die Volkscharta, nach der die ganze Bewegung Chartismus genannt wurde. Es gab Grobkundgebungen, an denen Hunderttausende teilnahmen. 1842 wurde eine zweite Petition verfaßt, die von 3.315.752 ArbeiterInnen unterschrieben wurde (bei einer Bevölkerung von 26 Millionen).

Die damalige Wirtschaftskrise und die Unfähigkeit der Gewerkschaften, auch nur die bisherigen Hungerlöhne zu verteidigen, überzeugten die Massen, daß der Kampf nicht nur im Rahmen des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems geführt werden konnte. Eine Arbeiterversammlung im führenden Industriezentrum Manchester stellte fest, „daß, solange die Klassengesetzgebung nicht zerstört und das Prinzip der vereinigten Arbeit nicht hergestellt ist, es den Arbeitern unmöglich sein wird, den vollen Ertrag ihrer Arbeit zu genießen.“ Das „Prinzip der vereinigten Arbeit“ hieß nichts anderes als Vergesellschaftung der Produktion – Sozialismus.

## Niederlage

Die Chartismus-Bewegung erlitt eine Niederlage. Die FabrikarbeiterInnen waren zahlenmäßig noch schwach. Die Niederlage und der Wirtschaftsaufschwung ab 1848 führten dazu, daß rechte Gewerkschaftler die Oberhand bekamen und sozialistische Ideen kaum noch Anklang fanden. Aber das änderte sich in den 1880er Jahren wieder: Wirtschaftskrisen und

das offensichtliche Versagen des Kapitalismus führten dazu, daß die ArbeiterInnen den Sozialismus wiederentdeckten. All das machten sie, ohne durch marxistische Agitatoren „aufgehetzt“ worden zu sein. Die ArbeiterInnen suchten einfach nach einer Lösung für den Widerspruch, daß die moderne kapitalistische Industrie, statt eine Quelle des Wohlstands zu sein, eine ständige Bedrohung ihrer Existenz darstellte. Den Ausweg sahen sie darin, die Verfügungsgewalt über Maschinen und Fabriken den Kapitalisten zu entreißen und die Produktion gemeinsam zu betreiben – oben im „Prinzip der vereinigten Arbeit“.

## Demokratie

Eine privilegierte Bürokratie, die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichert, die diktatorische Herrschaft an Stelle demokratischer Entscheidungen setzt, kurz das spätere stalinistische Herrschaftssystem sieht im krassen Widerspruch zu den Ideen und Zielen der sozialistischen Bewegung. Das erste praktische Beispiel dafür, was die ArbeiterInnen unter Demokratie verstanden, lieferte die Pariser Kommune 1870/71. Das Volk hatte die Macht ergriffen und ihre alten Unterdrücker verjagt. Die neue „Regierung“ verfügte unter anderem die

- Aufhebung aller Repräsentationsgelder und Privilegien für Politiker

- Bezahlung aller Beamten (Funktionäre) mit durchschnittlichem Arbeiterlohn

- Wählbarkeit und jederzeitige Abwählbarkeit der Politiker, Beamten, Richter und Lehrer

Das sind Maßnahmen, die Sozialisten auch heute fordern. Der Internationalismus in der Arbeiterbewegung ist genauso alt wie die Versuche der Herrschenden, die Arbeiter der verschiedenen Länder gegeneinander auszuspielen. Bereits 1864 wurde auf Betreiben von Arbeitvertretern aus mehreren Ländern in London das „Internationale Arbeiterkomitee“ die 1. Internationale, gegründet.

## Marx und Engels

Marx und Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus haben theoretisch verallgemeinert, was die ArbeiterInnen im praktischen politischen Kampf allmählich herausgefunden hatten. Sie konnten vor allem erklären, warum unter den Bedingungen des Kapitalismus, der technischen Fortschritt sich immer weiter gegen die Arbeiter richtet. Sie haben bewiesen, daß an den negativen Folgen des Kapitalismus für die ArbeiterInnen keine

## Wolfram Klein, Stuttgart

# VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 185 November 1996

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM



**Inhalt**

Lohnfortzahlung ..... S. 2  
 ABM-Kürzung ..... S. 3  
 Schülerdemo Berlin ..... S. 7  
 Sozialismus ..... S. 11

# „Wir wehren uns“ Pleitegeier über Berlin

## Wedding

Im Berliner 43-Milliarden Haushalt 1997 kriegt ein Loch von 7 Milliarden Mark. Für 5,8 Milliarden DM soll jetzt das Tafelsilber – Immobilien und öffentliche Betriebe – verkauft werden. Weiterer Kahlschlag bei Bildung, Wohnungsbau, Kultur und Sozialen sind geplant. Die Banker können sich die Hände reiben: ab 1999 kassieren sie jede zweite Mark des Haushalts für Zinszahlungen.

### Uwe Nawroth, SAV Berlin

Die SAV hat in den Berliner Stadtbezirken Wedding, Prenzlauer Berg und Treptow die Initiative für einen gemeinsamen Widerstand aller Betroffenen er-

## Wedding

Wollte es die PDS hier anfangs bei einem Stadtfest belassen, ergriffen SAV-Mitglieder die Initiative für eine Demonstration, zu der betroffene Projekte, die GEW, die Jugendvertretung des Virchow-Krankenhaus, PDS und Grüne aufriefen. 120 Leute zogen mit kämpferischer Stimmung an den betroffenen Einrichtungen vorbei. Sonja Engelhardt (SAV) machte in ihrer Rede deutlich, daß jeden Tag 7 Millionen DM des Berliner Haushaltes für Zinszahlungen an die Banken draufgehen, während gleichzeitig bei Jugend- und Sozialprojekten um 20% gekürzt wird. Die Forderungen der Demo-

## Prenzlauer Berg

Wie in vier anderen Berliner Stadtbezirken stellt die PDS hier den Bürgermeister und außerdem den Jugendstrat. Auch wenn die PDS versucht, den parlamentarischen Spielraum auszunutzen, ist sie doch unfähig, der Schließung von Jugendclubs etwas Wirkungsvolles entgegenzusetzen. Unser Versuch, sie bei unserer Antikürzungskampagne einzubeziehen, scheiterte. Start die Umsetzungen der Etakürzungen des SPD/CDU-Senats zu verhindern, dem einen alternativen beratsfertigeren Plan entgegenzusetzen und dafür zu mobilisieren, sind die PDS-Anstrenger nicht bereit, über den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen hinauszuweisen. So war die SAV mit einer Handvoll Jugendlicher auf sich allein gestellt, als es darum ging, sämtliche Jugendprojekte im Stadtteil für einen Aktionstag zu gewinnen.

## Ab 1999 kassieren die Banken jede zweite Mark des Berliner Haushalts für Zinszahlungen.

Ziel ist ein Zusammenschluß aller Stadtteilprojekte und der Gewerkschaften gegen die Kürzungen des Senats und dessen Vollstrecker in den Bezirksämtern.

Auf Stadtteilversammlungen soll über ein gemeinsames Vorgehen und einen Haushaltsplan entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung diskutiert werden.

## Teilnehmer waren unüber-

ständlich: Stopp und Rücknahme aller Kürzungen, ran an die Banken und Konzerngewinne, für einen Haushaltsplan entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Die nächste Aktion ist ein „Tag der Solidarität“ mit der Wedding'er Kinderfarm, die akut von Schließung bedroht ist. Für ca. 70 Kinder ist hier der

## spielrische Umgang mit Tieren

eine Berlinweit einmalige Freizeitmöglichkeit. Doch die Betreiber gehen nicht auf. Der Leiter: „Nun Kampf um alles oder nichts. Die MitarbeiterInnen sind zu allem bereit“. Ein Bündnis, eine Art Solidaritätskomitee, umfaßt bereits 14 Organisationen aus dem Kiez.



12.000 SchülerInnen streikten am 22.10.96 gegen die Sparpläne des Senats.

Obwohl wir auf den Straßen und bei Sammelaktionen in Kneipen viel Solidarität der Bevölkerung erfahren, in Radio und Zeitung (u.a. Fritz, Kiss FM, junge welt) präsent waren, war die Aktion mit 50 Teilneh-

merInnen für uns alle enttäuschend. Die einzelnen Projekte fanden die Idee einer gemeinsamen Aktion gut, sind aber oftmals jeweils für sich allein damit beschäftigt, möglichst ungeschoren von der Mittelkürzung davonzukommen. Es wird noch

Zeit brauchen, um eine Vernetzung zu erreichen. Doch ein bescheidener Anfang ist gemacht. Mittlerweile ist in den öffentlich tagenden Jugendausschüß Bewegung gekommen. Ein alternativer Haushaltsentwurf, der mehr auf die Bedürfnisse der Jugendprojekte ausgerichtet ist, soll der Bezirksverordnetenversammlung vorgelegt werden.

## Treptow

Etwa 30 Leute von betroffenen Projekten, SAV und PDS kamen hier zur ersten Stadtteilversammlung, um eine Demonstration zu planen gegen die Schließung von Jugendprojekten und Schwimmbädern, Erhöhung der Bibliotheksgebühren und drohende Kürzungen aller Sozialausgaben in 1997. Gemeinsam mit der PDS haben wir tausende Flugblätter verteilt, Auftrufe verklebt und fast sämtliche Projekte im Stadtteil angesprochen.

250 TeilnehmerInnen kamen zur Demo, zogen vor das Bezirksratshaus und hielten anschließend noch eine spontane Kundgebung im Ratsaal ab.

Mitte November findet die nächste große Stadtteilversammlung im Rathaus statt, zu der PDS, SAV und betroffene Einrichtungen einladen.

Die Bezirksverordnetenversammlung hat ihre Haushaltsdiskussion verschoben. Deshalb werden wir zur nächsten Beratung noch einmal mobilisieren. Kontakt über: SAV Berlin Tel. 030/4408429

## Mieterinitiative Bremerhaven

Hilfsorganisation der Stäger

Industriestrasse 10, Tel. 41 75 48

# Kein

# Ausverkauf

der

# Gewoba

Vor gut einhalb Jahren sollte in Bremerhaven die Städtische Wohnungsgesellschaft (StäWog) unter den Hammer kommen. Auf Initiative der SAV wurde damals eine Mieterinitiative gegründet, in der sich viele StäWog-MieterInnen organisierten. Wir haben den Kampf mit zahlreichen Protestaktionen geführt und ihn gemeinsam mit den MieterInnen gewonnen: Der Verkauf wurde verhindert.

Jetzt wollen CDU und SPD die andere Wohnungsgesellschaft, die Gewoba, in Bremerhaven privatisieren.

### Madine Sachse, SAV Bremerhaven

Die Gewoba soll mindestens zur Hälfte an einen Privatinvestor verkauft werden. Ein potentieller Käufer hat schon Interesse angemeldet: der Veba-Konzern.

Den Konzernherren kommt die Finanzkrise der Städte Bremen und Bremerhaven gerade recht: Immer auf der Suche nach günstigen Anlagemöglichkeiten, können sie die Wohnungsgesellschaften relativ billig kaufen, weil die Städte jede Mark, die sie bekommen können, gerne annehmen. Dies ist jedoch völlig falsche Finanzpolitik: Jetzt verkaufen die führenden Politiker die Gewoba und Brennische, um mit dem Erlös das aktuelle Finanzloch zu stopfen - und was werden sie beim nächsten Finanzloch machen?

Ein Konzernherr kauft die Gewoba nicht aus Nächstenliebe. Wenn er Geld für den Kauf der Wohnungen ausgegeben hat, so will er dieses und

noch mehr wieder hereinbekommen. Das hat für die Mieter schwere Folgen: Die Mieten werden stark ansteigen (gesetzlich erlaubt sind Steigerungen von bis zu 30% in den nächsten Jahren).

Ein privater Investor wird auch kein Interesse mehr an preiswerten Reparaturen haben. Heute müssen die Mieter bei einem Schaden nach Begutachtung durch den Hausmeister höchstens die Handwerker- und Materialkosten übernehmen. Gehören die Wohnungen einem privaten Investor, so wird dieser versuchen, jede „Wohnraumverbesserung“ zur Durchsetzung einer Mieterisierung zu nutzen.

Die Konzernherren bereichern sich und die Mieter müssen dafür zahlen. Und das wird von den führenden Politikern der etablierten Parteien auch noch gefördert.

Wie im Fall der StäWog haben wir gleich nach Bekanntwerden der Nachricht Hausbesuche gemacht und per Hausflurplakat zu Mieterversammlungen eingeladen, um den Widerstand zu organisieren. Zu den ersten beiden Treffen kamen jeweils 30 bzw. 40 MieterInnen und Mieter. Auch die Gewoba-Mieter sind entschlossen, sich gegen den Verkauf ihrer Wohnungen zu wehren. Der Protest soll in die Öffentlichkeit getragen werden, und zwar in Form von Fensterplakaten, Flugblättern, weiteren Mieterversammlungen und Protestaktionen.

**Kontakt über: Mieterinitiative Bremerhaven, Hafenstr. 64, Tel. 417548**